

***Kinder in den Mittelpunkt –
als Bürgerinnen und Bürger!***



Plädoyer für einen Perspektivwechsel



www.gruene.de

Kinder in den Mittelpunkt – als Bürgerinnen und Bürger!

Plädoyer für einen Perspektivwechsel

***Bericht der Kinderkommission von
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN***

Berlin, 17.07.2006



www.gruene.de

Mitglieder:

Steffi Lemke und Renate Künast (Co-Vorsitzende), Matthias Berninger, Volker Bulla, Ines Brock, Ekin Deligöz, Kai Gehring, Kathrin Göring-Eckardt, Elfi Jantzen, Britta Hasselmann, Paula Riester, Tabea Rössner, Astrid Rothe-Beinlich, Krista Sager, Hans-Jürgen Schimke

***Kinder in den Mittelpunkt
Plädoyer für einen Perspektivwechsel***

Inhalt

- 3 Präambel***
- 8 Jedes Kind zählt***
- 10 Integration und Vielfalt als Herausforderung und Chance***
- 11 Kinder und Familie stärken***
- 14 Geld ist nur der Anfang – Institutionen ausbauen***
- 18 Kinder in den Mittelpunkt – von Anfang an!***
- 25 Gesund aufwachsen***
- 30 Kinderfreundliche Stadt***
- 32 Kinder brauchen Schutz***
- 35 Mehr Mitsprache für Kinder und Jugendliche***
- 38 Kinderrechte stärken***
- 40 Ausblick: Neue Perspektiven für Jugendliche schaffen***

Präambel

Alle reden über Kinder: Als konstituierendes Element einer Familie. Als Mangelfaktor der Zukunft. Als Karriereverhinderungsgrund oder im Rahmen des Elterngeldes. Als Problem der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Bei den Debatten über das schlechte Pisa-Ergebnis oder über Gewalt an Schulen. Die Interessen und Rechte der Kinder, sich zu entwickeln und zu entfalten, die Leistungen und Fähigkeiten von Kindern kommen in der gegenwärtigen Debatte aber kaum vor. Unser Papier ist ein Plädoyer für einen Perspektivwechsel hin zu einer neuen kinderpolitischen Perspektive.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine Politik, die das Wohl und die Rechte der Kinder in den Mittelpunkt stellt und nicht die Rolle, die Kinder als zu erziehendes Objekt und Garant für die Funktionsfähigkeit der Sozialsysteme heute oder in ihrer Zukunft spielen sollen. Kinder, so der Sachverständigenrat für Bildung im Jahr 2001, »befinden sich, sofern sie daran nicht gehindert werden, in einem stetigen Lern- und Entwicklungsprozess«. Diesem Prozess den größtmöglichen Raum zu geben, ohne die für Kinder wichtigen Leitplanken zu demontieren, ist eine große Herausforderung für alle gesellschaftlichen Akteure.

Jedes Kind hat das Recht, sich bestmöglich entwickeln zu können und ein gutes und gesundes Leben zu führen. Dazu gehört nicht nur, dass wir Kindern Chancen eröffnen, sondern auch, dass Kinder in vielen Lebensbereichen konsequenter geschützt werden müssen.

Kinder sind Bürgerinnen und Bürger. Wir wollen den Interessen von Kindern Gehör verschaffen, durch Anerkennung von Rechten, durch das Einbeziehen ihrer Meinungen und Wünsche in die Politik, aber auch im täglichen Leben – sei es zu Hause, in den Kindertagesstätten oder in der Schule, bei der Gestaltung der Stadt und des Wohnumfeldes, bei der Gesundheitspolitik. Ein Perspektivwechsel zu einer kindzentrierten Politik ist ein bedeutender Schritt hin zu einer konsequenten Anwendung von Bürgerrechten. Das so genannte Kindeswohl definiert sich heute allzu oft aus der Sicht der Erwachsenen. Auch im Rechtssystem ist ein Perspektivwechsel hin zu einer stärkeren Rechtsposition von Kindern überfällig.

Das Lebensumfeld und die Bedingungen, unter denen Kinder aufwachsen, haben sich in den letzten Jahrzehnten massiv

**Kinder sind
Bürgerinnen und
Bürger!**

gewandelt. Familienstrukturen sind heute immer mehr auch gekennzeichnet durch berufstätige Eltern; immer mehr Mütter und Väter leben ohne Trauschein mit ihren Kindern zusammen, es gibt Ein-Eltern-Familien, Patchwork-Familien oder Regenbogenfamilien. Gleichzeitig nimmt die Zahl der Lebensgemeinschaften und Ehen ohne Kinder kontinuierlich zu.

Immer mehr Kinder leiden unter verzögerter Sprachentwicklung, motorischen Defiziten und mangelnder sozialer Kompetenz. Diese schwerwiegenden Defizite treten bereits in frühen Lebensjahren auf und sind später schwerer auf zu holen. Kinder heute haben andere Gesundheitsprobleme als Generationen vor ihnen. Sie leben in einer Umwelt, die ihre Gesundheit schädigt, da sie von Schadstoffausstößen durch den Verkehr bis zu Chemikalien in Kleidung und Spielzeug, sowie Rückständen in Lebensmitteln belastet werden. Eine immer größere Zahl von Kindern leidet an chronischen Erkrankungen, die wir bisher nur als Krankheiten im Alter kannten.

Die Kinder von heute leben mehrheitlich in Städten, die ihnen wenig sichere Angebote für ein bewegungsaktives Leben bieten. Ihre Lebensmöglichkeiten, die Art und Weise von Betreuung und Bildung, die Tatsache, dass Kinder heute Adressat gezielter Werbefeldzüge für alle Arten von Produkten und Dienstleistungen sind, hat ihr Leben viel komplizierter gemacht als das ihrer Eltern.

Kinder wachsen heute mit ganz anderen Kommunikationsmöglichkeiten auf. Vom Handy bis zum Internet und durch Werbung werden sie mit Informationen und einer Vielzahl von virtuellen Anreizen konfrontiert. Hier ändern sich nicht nur Formen der sozialen Kommunikation; Die neuen Medien sind für Kinder neue Chancen auf Wissenszugang und Entwicklungsmöglichkeiten, wenn wir ihnen die dafür erforderlichen Kompetenzen mitgeben. Kinder sind aber auch schon früh Ziel von teils aggressiven Werbestrategien und werden als potentielle Kunden angesehen.

»Politik auf
Kindernasenhöhe«

Der kindzentrierte Ansatz

Das grüne Grundsatzprogramm hat postuliert »Auf die Kinder kommt es an« und hat als Leitbild die »Politik auf Kindernasenhöhe« beschrieben. Das ist der richtige Ansatz und stand 2002 für einen Paradigmenwechsel. Dieser Ansatz bleibt richtig. Jetzt wollen wir den Perspektivwechsel in aktueller Politik durchsetzen und zugleich weiterentwickeln. Dieser Bericht schlägt Instrumente und Konzepte für alle Bereiche vor.

Kinder haben Rechte

Seit der Ratifizierung der UN-Kinderrechtskonvention im Jahr 1992 haben die Rechte von Kindern eine massive Aufwertung erfahren. Besonders die rot-grüne Regierung hat mit der Festschreibung des Rechtes von Kindern auf gewaltfreie Erziehung,

des Anspruches auf Umgang mit beiden Elternteilen und die eigenständige Vertretung von Kindern vor Gericht (»Anwalt des Kindes«) historische Veränderungen zugunsten von Kindern erreicht. Eine grundsätzliche Festschreibung von Kinderrechten in der zentralsten Gesetzgebung unseres Landes steht jedoch noch aus. Wir wollen deshalb die Verankerung der Rechte von Kindern im Grundgesetz. Das kann dazu beitragen, traditionelles Denken in der Unterstützung von Familien und Kindern zu überwinden und Politik »vom Kind aus« zu machen.

Kinder fördern statt überkommene Strukturen zementieren

Politik hat den Wandel der Familienformen mehrheitlich noch nicht nachvollzogen und bevorzugt durch Steuergesetzgebung und Bildungs- und Betreuungssystem noch immer die klassische Rollenteilung zwischen Frauen und Männern. Das ist unter anderem eine Folge der jahrelangen konservativen Familienpolitik der Union. Diese Rollenteilung ist veraltet und wird immer realitätsfremder. Aber auch die strikte Trennung von Arbeitsleben und Privatsphäre und die klare Lebensphaseneinteilung in Kindheit und Jugend, Arbeitsleben und Rente verlieren zunehmend an Kontur. Hinzu kommt eine höhere Lebenserwartung. Wenn die heute Dreißigjährigen eine Lebenserwartung von achtzig Jahren und mehr haben, verbringen sie höchstens ein viertel ihrer Lebenszeit mit Kindern. Wir wollen einen grundlegenden Umbau der gesellschaftlichen Strukturen, in denen sich Leben und Arbeiten mit Kindern abspielt. Dafür brauchen wir vor allem eine neue Zeitpolitik: eine Entzerrung der starren Dreiteilung von Ausbildung, Beruf und Familiengründung im Lebenslauf und mehr Zeit für Kinder im Alltag. Dabei muss der Fokus auch auf stärkeren Anreizen für Männer in der Erziehungsarbeit liegen. Wir setzen deshalb auch auf die Entwicklung flexiblerer Arbeitszeitmodelle. Unsere Wertschätzung gilt allen Familien, welchen Lebensentwurf sie auch wählen. Wir stehen vor der Herausforderung allen die Wahlfreiheit zu gewährleisten und junge Frauen und Männer darin zu unterstützen, ihren Kinderwunsch zu erfüllen.

Neue Finanzinstrumente entwickeln

Obwohl Deutschland im internationalen Vergleich hohe Summen für Familienpolitik ausgibt, versagen sie die Instrumente der Familienförderung bei ihren zentralsten Aufgaben: sie schaffen keine kinderfreundlichen Bedingungen, werden dem einzelnen Kind nicht gerecht und stellen keine Chancengerechtigkeit her. Deshalb müssen die Finanzinstrumente für die Förderung von Kindern und Familien einer kritischen Bilanz unterzogen und neu ausgerichtet werden. Die rot-grüne Bundesregierung hatte durch Erhöhung des Kindergeldes, Erhöhung der Kinderfreibeträge, gezielte Steuerentlastung für Alleinerziehende, die Einführung

Leben und Arbeiten
mit Kindern

Rechtsanspruch auf Betreuung

eines »Kinderzuschlages« für einkommensschwache Familien und durch das Ganztagsschulprogramm Maßnahmen zur Verbesserung der finanziellen Situation für Kinder und Familien und im Bildungs- und Betreuungssystem eingeleitet. Vor allem in der Kinderbetreuung und der Bildung ist uns das bisher Erreichte zu wenig. Wir wollen einen Richtungswechsel herbeiführen hin zu einer zielgenauen Förderung. Das Problem der fehlgeleiteten Finanzmittel in der Familienpolitik ist längst erkannt. Statt noch jahrelang zu diskutieren und weiterhin kinderlose Ehen steuerlich zu privilegieren, schlagen wir vor, eine Kinderbetreuungskarte einzuführen. Dazu wollen wir einen Rechtsanspruch auf Betreuung ab dem ersten Lebensjahr einführen und das Ehegattensplitting umwandeln in ein Individualsplitting. Die bei Bund und Ländern frei werdenden Finanzmittel wollen wir in die Kindertagesbetreuung investieren. Die Kinderbetreuungskarte wird Eltern und Kindern helfen, ihren Rechtsanspruch auf eine gute und gesunde Bildung und Betreuung einzufordern und durch den entstehenden Wettbewerb für bessere Angebote sorgen, die den Bedürfnissen der Kinder und Familien Rechnung tragen. Darüber hinaus wollen wir eine Kinderfreizeitkarte prüfen, die es bedürftigen Kindern ermöglicht, kulturelle, soziale und Sportangebote auch außerhalb der Schule und unabhängig vom Geldbeutel der Eltern wahrzunehmen.

Allen Kindern gleiche Chancen eröffnen

Wo und wie ein Kind aufwächst, also der familiäre, der sozioökonomische und der soziale Kontext, entscheidet in Deutschland leider immer noch maßgeblich über seine Zukunft. Kinder aus bildungsfernen oder benachteiligten Familien haben dramatisch geringe Chancen, sich gut zu entwickeln. Benachteiligung und Exklusion definieren sich nicht nur über materielle Notlagen, sondern ganz besonders über einen Mangel an Bildung, Gesundheit sowie an sprachlichen, kulturellen und sozialen Fähigkeiten. Dieser Mangel drängt auf lange Sicht viele Menschen ins Abseits und schließt sie von der Teilhabe an der Gesellschaft aus. Er trifft Kinder besonders, weil er sie von Beginn an in ihren Entwicklungsmöglichkeiten einschränkt und ihre Chancen auf ein selbst bestimmtes Leben schmälert. Unser Leitmotiv ist Prävention statt Nachsorge. Wir stehen dafür ein, dass alle Kinder gleiche Rechte und gleiche Chancen haben. Schon heute kommen fast ein Drittel aller Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund, insgesamt leben 2 Millionen Kinder von sozialen Transferleistungen. Sie haben die schlechtesten Chancen im Bildungssystem. Sich diesem Problem zu stellen, ist nicht nur eine Frage ethischer Verpflichtung, sondern eine offensichtliche und viel zu lang negierte Gestaltungsaufgabe für Politik. Das Ziel, gleiche Chancen für alle zu schaffen, gepaart mit dem geforderten Perspektivwechsel, vom

»Kind aus zu denken« ist unser Leitbild einer Integrationspolitik für Kinder. Wir können es uns auch ökonomisch nicht leisten, auch nur ein Kind zu verlieren. Schon in wenigen Jahren werden wir einen massiven Fachkräftemangel in Deutschland haben. Unser Land muss sich nicht nur um diese Kinder und Jugendlichen kümmern, nein, es braucht sie auch.

Gesundheit für alle Kinder

Die UN-Kinderrechtskonvention verbrieft das Recht jedes Kindes auf »das erreichbare Höchstmaß an Gesundheit«. Tatsächlich sind Kinder aber zunehmend von neuen Krankheitsbildern betroffen. Heute ist jedes 5. Kind und jeder 3. Jugendliche übergewichtig und die Zahlen steigen. Immer mehr Kinder leiden unter Allergien, psychische Störungen nehmen ebenso wie Suchterkrankungen bei Jugendlichen zu. Prävention, Aufklärung und die Vermittlung lebensweltlicher Kompetenzen sind Voraussetzungen für eine effektive Vermeidung und Bekämpfung der oben beschriebenen Krankheitsbilder – dafür muss das Gesundheitssystem mehr Verantwortung übernehmen.

Alle kinderrelevanten Medikamente, die auf dem Markt sind, müssen auf ihre Wirkung für den kindlichen Organismus überprüft werden. Bisher ist der Maßstab für Medikamente der durchschnittliche erwachsene Mann. Aber auch im Lebensumfeld von Kindern wollen wir ein gesundes Leben systematisch unterstützen. Kindertageseinrichtungen und Schulen müssen ihrem Bildungsauftrag in Bezug auf gesunde Ernährung und mehr Bewegung nachkommen. Die angebotene Verpflegung muss ausgewogen und gesund sein, Getränkeautomaten mit Softdrinks haben an Schulen nichts verloren. Grundsätzlich ist die Industrie in der Pflicht, bei der Produktentwicklung die tatsächlichen Bedürfnisse von Kindern zu berücksichtigen. Eine Stadtentwicklung ohne Bewegungsräume für Kinder, Brachflächen und grüne Orte ist nicht kindgerecht. Chemikalien in Alltagsgegenständen, Spielzeug und Kleidung müssen einer strengen Prüfung unterzogen werden.

Dieser Bericht der Kinderkommission von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist Bestandsaufnahme und Handlungsempfehlung von und für grüne Kinderpolitik. Er analysiert veränderte Rahmenbedingungen von Kindheit, er gibt Handlungsempfehlungen für die Entwicklung einer kinderfreundlichen Gesellschaft, fordert unumgängliche Änderungen in Rahmengesetzgebungen, die Kinder betreffen. Vor allem aber ist dieser Bericht ein Aufruf. Ein Aufruf an Politik und Gesellschaft, an Eltern und Lehrer, an Kultur und Medien Kinder endlich als das ernst zu nehmen, was sie sind: kreative und visionäre Bürgerinnen und Bürger mit Rechten, aber auch mit einem besonderen Recht auf Schutz und Fürsorge.

**Gesunde Ernährung
und mehr Bewegung**

Jedes Kind zählt

Politik und Gesellschaft in Verantwortung

Für eine positive Entwicklung von Kindern ist es besonders wichtig, jegliche Form von Ausgrenzung und Benachteiligung zu vermeiden. Kinder müssen unversehrt und selbstbestimmt aufwachsen können und bestmöglich gefördert werden, unabhängig von Herkunft oder Elternhaus.

Defizite aus frühen Lebensjahren, seien sie körperlicher, seelischer, kognitiver oder sozialer Art, können lange nachwirken und sich verfestigen. Wenn die Eltern zur Förderung der Entwicklung ihres Kindes nicht in der Lage oder willens sind, sehen wir Politik und Gesellschaft in der Verantwortung.

Kinder stellen die größte Gruppe der Armen in Deutschland dar, ihre Sozialhilfequote liegt deutlich über dem Schnitt (2002: 7,2%, alle Haushalte: 3,4%). 2 Millionen Kinder leben von Transferleistungen. Soziale Ausgrenzung verfestigt sich zunehmend. Da, wo soziale Exklusion vorprogrammiert ist, sind wir aufgerufen, langfristig angelegte Maßnahmen gegen soziale Benachteiligung zu entwickeln.

Die Angst vor Prekarisierung und Ausgrenzung ist längst bei den so genannten Mittelschichten angekommen. Viele Formen von Ausgrenzung treten nicht mehr ausschließlich in sozio-ökonomisch schwachen Schichten auf, sie sind auch Realität für die Mitte der Gesellschaft: Schul- und Universitätsabsolventen befinden sich in Warteschleifen wie Praktika, absolvieren zusätzliche Schuljahre oder stecken in Maßnahmen der Arbeitsagenturen. Angesichts der Vielfältigkeit von sozialer Ausgrenzung muss gleichsam vielseitiger als bisher nach Gegenstrategien gesucht werden.

Bildung, Bildung und nochmals Bildung

Wir können und wollen nur bedingt Einfluss auf die Sozialisationsorte eines Kindes nehmen. Deshalb müssen wir daran arbeiten, die Interdependenz von materieller und kultureller Armut in Kindertagesstätten und Schulen zu durchbrechen. Dies kann nur gelingen, wenn wir schon die vorschulische Bildung kontinuierlich ausbauen. Das heißt für die Politik in erster Linie: Institutionenförderung, denn nur da wo es ein breites Angebot an Kindertagesstätten gibt, kann frühkindliche Bildung ermöglicht werden. Kinder aus einkommensschwachen Familien sind schon als Vorschulkinder häufiger verhaltensauffällig, sie haben Schwierigkeiten bei der Sprachentwicklung und es fehlen ihnen grundlegende Kommunikationstechniken. Neben der Institutionenförderung brauchen wir mehr gezielte Unterstützung für Eltern. Dazu gehört die Stärkung der Elternkompetenz durch Angebote, die Eltern hilfreiche Strategien und Praktiken für den Erziehungsalltag bieten.

Das Schulsystem muss es zudem ermöglichen, dass individuell gefördert werden kann. Die Stärken und Begabungen der einzelnen Kinder, ihr Entwicklungstempo und ihr familiärer und sozialer Hintergrund müssen stärker berücksichtigt werden. Das mehrgliedrige Schulsystem benachteiligt Kinder aus sozio-ökonomisch schwachen Familien nachweislich. Mit der frühen Sortierung in eine Schulform geschieht eine de facto-Festlegung, die soziale Ungleichheiten festschreibt und verstärkt. Wir setzen uns deshalb ein für eine Schule, in der länger gemeinsam gelernt wird. Wir setzen uns ein für den weiteren Ausbau der Ganztagsschulangebote, von dem benachteiligte Kinder besonders profitieren.

Gesundheitsförderung und Prävention

Sozial Benachteiligte haben ein höheres Krankheitsrisiko und eine um durchschnittlich zehn Jahre geringere Lebenserwartung als Gleichaltrige aus höheren Schichten. Das gilt auch für Kinder. Sie sind besonders von Krankheitsbildern wie Übergewicht, Bewegungsunsicherheit oder mangelnder Koordinationsfähigkeit betroffen. Sie bewerten ihre Gesundheit in nahezu allen Bereich schlechter als andere Kinder: sie haben häufiger Kopfschmerzen, können schlechter einschlafen, haben mehr Rückenschmerzen oder sind häufiger nervös. Ihre schlechtere Fähigkeit, soziale und psychische Anforderungen zu bewältigen, führt im Jugendalter häufiger zum verstärkten Konsum von Rauschmitteln, zu Selbstschädigung oder Aggression.

Ein schlechterer Gesundheitszustand heißt für die betroffenen Kinder auch, dass sie weniger Energie für ihre Entwicklung in anderen Lebensbereichen zur Verfügung haben. Er bedeutet schlechtere Startchancen im Leben. Dieses Gerechtigkeitsdefizit nehmen wir nicht hin. Um effektiv gegen zu steuern, brauchen wir einen vernetzten Ansatz, der die verschiedensten Lebensbereiche von Kindern und Eltern umfasst. Es geht um Gesundheit, Bildung, Alltagskompetenzen und Lebenseinstellungen. Die Förderung von Gesundheit und Prävention bei Kindern kann nur als Querschnittsaufgabe und im Zusammenwirken aller Akteure erfolgreich sein.

Um der wachsenden Zahl benachteiligter Kinder echte Chancen zu eröffnen, brauchen wir die ganze Gesellschaft. Politik und Staat müssen ihre sozialen Kernaufgaben erfüllen, aber auch die Wirtschaft, Kirchen und Wohlfahrtsverbände, zivilgesellschaftliche Gruppen und jeder Einzelne sind gefragt. Die individuelle Förderung der Kinder ist dabei eine Seite, die andere ist das Schaffen von Strukturen vor Ort, die die Kinder bestmöglich unterstützen. Ob es sich um gutes Quartiersmanagement, die kostenlose Versorgung mit Mittagessen oder ein Sprachförderangebot handelt – wenn sich die Situation im Lebensumfeld verbessert, kann das eine echte Chance für das einzelne Kind bedeuten.

**Kindern echte
Chancen eröffnen**

Integration und Vielfalt als Herausforderung und Chance

Zweisprachigkeit birgt Entwicklungspotenzial

Ein Drittel aller Kinder und Jugendlichen in Deutschland kommt inzwischen aus einer Familie mit Migrationshintergrund, in Städten sind es teilweise bis zu 40%. Überproportional viele dieser Kinder wachsen in Problemstadtteilen auf, Kinder mit Migrationshintergrund verfügen über signifikant schlechtere Bildungs- und Berufschancen.

Ihr Anteil an Schulabgängern ohne Abschluss oder mit Hauptschulabschluss ist im Vergleich zu denjenigen ohne einen solchen Hintergrund überproportional hoch, umgekehrt gestaltet sich das Verhältnis bei Abitur und Studium.

Um diese strukturellen Benachteiligungen aufzulösen, brauchen wir einen langfristig angelegten, integrativen Politikansatz gegen soziale Benachteiligung. Ziel eines solchen umfassenden Politikansatzes ist es, für alle Kinder und Jugendlichen gleiche Lern- und Lebenschancen zu eröffnen – unabhängig von der kulturellen Zugehörigkeit und dem jeweiligen sozialen, ökonomischen und kulturellen Kapital ihrer Familien. Der Erwerb der deutschen Sprache ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein zentraler Schlüssel zur Integration. Die Förderung des Spracherwerbs muss in der Kita beginnen und sollte durch alle weiteren Bildungsbereiche fortgeführt werden. Die Einbeziehung der Eltern halten wir dabei für unumgänglich. Das Erlernen der deutschen Sprache soll aber nicht zum Verlust der Muttersprache führen. Die Zweisprachigkeit von Kindern mit Migrationshintergrund birgt viel Entwicklungspotenzial. Wir leben in einer Welt zusammenwachsender Wissensgesellschaften, in der das Beherrschen mehrerer Sprachen und die Vertrautheit mit unterschiedlichen kulturellen Umfeldern eine unverzichtbare Ressource darstellt. Wir wollen allen Kindern die Chancen eröffnen, die sie brauchen, um dieses Potenzial zu nutzen.

Priorität hat für uns eine möglichst frühzeitige individuelle Förderung für jedes Kind. Die Bereitstellung einer bedarfsgerechten Infrastruktur für Bildung, Betreuung und Erziehung ist Voraussetzung dafür, genauso wie die qualitative Weiterentwicklung der Betreuungs- und Bildungsangebote. Dabei ist eine pädagogische Ausbildung – auch auf Hochschulniveau – mit Schwerpunkten auf Sprachförderung und interkultureller Kompetenz besonders wichtig und eine verstärkte Einbeziehung von Fachkräften mit Migrationshintergrund unabdingbar.

Um auch die Eltern mit Angeboten zur Stärkung der Erziehungskompetenz und Familienbildung zu erreichen, wollen wir Kinderbetreuungseinrichtungen im Zusammenwirken mit den Schulen zu Eltern-Kind-Zentren weiter entwickeln.

Die Sprachförderung sollte am besten dann beginnen, wenn die Kinder in die Betreuungseinrichtung kommen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten Sprachstandserhebungen für Kinder mit und ohne Migrationshintergrund im Alter von 4 Jahren für unverzichtbar. Sprachdefizite müssen durch begleitende, obligatorische Fördermaßnahmen ausgeglichen werden. Kein Kind darf nur aufgrund seiner Sprachentwicklung vom Schulbesuch befreit oder in eine Förderschule geschickt werden.

Für die Schule gilt: Kein Kind darf zurückgelassen werden – dieses Motto muss sich in Schulkultur und Unterrichtsqualität ausdrücken. Heterogenität und Vielfalt der Schülerschaft können eine große Chance sein und können zu besseren Leistungen aller Kinder und Jugendlichen führen. Ganztagsangebote müssen ausgebaut werden.

Wir streben die Gleichstellung eines in deutscher Sprache gehaltenen islamischen Religionsunterrichts (von in Deutschland ausgebildeten Lehrkräften) mit dem christlichen und jüdischen Religionsunterricht an.

Die niedrigschwellige, kultursensible und interkulturelle Jugendarbeit muss ausgebaut werden. Wichtig sind interkulturelle und geschlechtergerechte Leitbilder – und entsprechend ausgebildete Jugendarbeiterinnen und Jugendarbeiter. Sie sollten nicht nur auf Zugänge in unsere Gesellschaft hinweisen bzw. die Jugendlichen motivieren, Integrationsangebote wahrzunehmen. Der Jugendarbeit kommt auch die anspruchsvolle Aufgabe zu – gerade im Konfliktfall – Werte unserer Gesellschaft, wie z. B. Gleichberechtigung oder Toleranz, zu vermitteln.

Eine intensivierte Forschung ist dringend nötig, um belastbare Aussagen über die Rolle von Migrantenkinder im Feld der Kinder- und Jugendhilfe zu erhalten.

Kein Kind darf
zurückgelassen
werden

Kinder und Familie stärken

Der wichtigste Bezugsrahmen und die wichtigste Sozialisationsinstanz von Kindern ist die Familie. Sie hat sich in den letzten Jahrzehnten stark gewandelt. Zwar wachsen drei Viertel aller Kinder bei ihren verheirateten Eltern auf, aber immer mehr Kinder leben in anderen Familienformen: bei Paaren ohne Trauschein, bei Alleinerziehenden und in Regenbogenfamilien.

Auch die Tatsache, dass immer mehr Frauen (knapp zwei Drittel aller Mütter) berufstätig sind, hat das Leben von Kindern verändert. Unsere Wertschätzung gilt allen Familien, in welcher

Kinder in den Mittelpunkt **Plädoyer für einen Perspektivwechsel**

Lebenssituation sie sich auch befinden und welche Form des Zusammenlebens sie auch für sich wählen.

Erziehung in der Familie geschieht nicht im luftleeren Raum. Je kinderfreundlicher das Umfeld, desto einfacher haben es Eltern, ihre Kinder gut auf dem Weg ins Leben zu begleiten. Dabei brauchen sie Unterstützung: in ihrem Lebensumfeld, aber auch von Politik und Gesellschaft. In Deutschland wünschen sich junge Menschen deutlich mehr Kinder, als sie dann tatsächlich bekommen: die Geburtenrate liegt bei 1,4 Kindern, gewünscht sind aber 1,9 (Umfrage von Stern, ZDF, McKinsey vom 26.04.06). Wir wollen bestmögliche Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass junge Menschen ihre Kinderwünsche verwirklichen und das Zusammenleben in der Familie gelingen kann.

Die bisherige Familienpolitik in Deutschland hat einen grundsätzlichen Konstruktionsfehler: sie ist ausgerichtet an veralteten Lebensmodellen. Eines davon ist das sozialstaatliche Konzept der Alleinverdiener-Ehe. Es beruht auf einer Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern, die Frauen die Verantwortung für Haushalt und Kinder und dem Mann für Beruf und Geldverdienen zuweist. Viele Instrumente im Steuersystem und in den sozialen Sicherungssystemen sind bis heute am Alleinernährermodell orientiert und privilegieren es entsprechend. In immer weniger Familien wird diese Aufteilung tatsächlich noch gelebt: eine immer größere Zahl von Frauen arbeitet, immer mehr Männer haben brüchige Erwerbsbiografien. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen, dass die sozialen Sicherungssysteme und das Steuersystem diese gesellschaftliche Realität widerspiegeln, anstatt weiterhin ein einziges Lebensmodell zu privilegieren. Dafür brauchen wir vor allem bessere Kinderbetreuung und mehr Ganztagsschulangebote und den vorgeschlagenen Umbau im Bereich der Finanzinstrumente.

Leben mit Kindern braucht Zeit

Die veraltete feste Abfolge von Ausbildung, Beruf, Familie und Rente ist eher ein Hindernis für die Gründung einer Familie und gibt oft nicht genug Raum für das Leben mit Kindern. Durch längere Ausbildungszeiten, Jobsuche oder Arbeitslosigkeit bleibt immer weniger Lebenszeit für die Etablierung im Arbeitsmarkt und die Gründung einer Familie. Diese sogenannte »Rush-Hour des Lebens« trägt dazu bei, dass Frauen und Männer ihren Kinderwunsch nicht erfüllen. Politik sollte in ihren Möglichkeiten dazu beitragen, dass diese Rush-Hour entzerrt werden kann. Bei der Zeit- und Lebenslaufpolitik besteht in Deutschland erheblicher Nachholbedarf.

»Rush-Hour des Lebens« entzerren

Wir brauchen eine öffentliche Debatte über Lebensphasenmodelle und Lebensplanung. Der Staat hat in der individuellen Lebensplanung nichts zu suchen, muss aber die Rahmenbedingungen

herstellen, die einen modernen Lebenslauf ermöglichen. Die Niederlande haben beispielsweise ein eigenes Ressort für Lebenslaufpolitik eingerichtet mit dem Ziel, neue Zeitarrangements im Lebenslauf zu entwickeln. Mehr Flexibilität und Mobilität im beruflichen und privaten Lebenslauf könnten die strikte Abfolge von Ausbildung, Beruf, Familie und Rente entzerren. Die dazu notwendigen Umgestaltungsprozesse im Ausbildungswesen, in der Arbeitswelt und im System der sozialen Sicherung müssen im gesellschaftlichen Diskurs entwickelt werden und immer die persönlichen Entscheidungen von Eltern und Nichteltern respektieren. Ein neues Modell der Lebensphasenteilzeit wollen wir prüfen. Es soll die Anpassung des Arbeitszeitvolumens und der Arbeitsplatzgestaltung an die jeweilige Lebenssituation ermöglichen, um Zeiten für Kindererziehung, ehrenamtliche Tätigkeit oder Pflege von zu Angehörigen ermöglichen.

Auch auf einer anderen Ebene braucht das Leben mit Kindern Zeit: im Alltag. Gerade wenn beide Eltern berufstätig sind, muss im Alltag Flexibilität möglich sein. Mit dem Teilzeitgesetz haben wir in der letzten Bundesregierung einen wichtigen Schritt für mehr Familienzeit getan.

Neue Väter braucht das Land

Zu einem modernen Familienbild gehört für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Überdenken der männlichen und weiblichen Rollen. Wahlfreiheit der Lebensmodelle beinhaltet für uns die Wertschätzung unterschiedlicher weiblicher und männlicher Lebensentwürfe. Wir erkennen an, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch für Männer tatsächlich schwierig ist. Der Anreiz für Männer, als Hauptfamilienernährer zu fungieren und das dazu gehörige Selbstbild sind weiterhin sehr stark. Dieses alte Rollenbild nimmt Kindern und Vätern Lebensqualität. Wir wollen hier eine gesellschaftliche Debatte initiieren und auf die »moderne Vaterschaft« zugehen.

Eltern unterstützen – Erziehung in der Familie

Das Vermitteln und Erklären von Werten ist für Kinder und Jugendliche von hoher Bedeutung. Das Lernen von Verantwortung und Toleranz, Anerkennung und Fürsorge für andere gehört für uns in das Zusammenleben jeder Familie. Wir wenden uns aber gegen das Bündnis für Erziehung der Familienministerin von der Leyen, das ausschließlich die christlichen Kirchen als Wertevermittler in eine gesellschaftliche Debatte einbeziehen will. Werte werden in einer pluralen Gesellschaft von unterschiedlichsten Institutionen geprägt. Ein Bündnis für Erziehung müsste dieser Vielfalt Rechnung tragen. Genauso wichtig ist es für ein Bündnis für Erziehung, Kinder und Jugendliche selbst einzubeziehen. Kin-

Das Leben mit
Kindern braucht Zeit

Kinder in den Mittelpunkt Plädoyer für einen Perspektivwechsel

Hilfe für Kinder und Eltern

der sind Subjekte, deren eigene Kompetenzen und Fähigkeiten zentral berücksichtigt werden sollten.

Unsicherheiten von Eltern in der Erziehung, Arbeitslosigkeit in der Familie, aber auch Trennungssituationen gehören für eine immer größere Gruppe Heranwachsender zum normalen Erfahrungshorizont. Kinder und Eltern brauchen bei der Bewältigung solcher Situationen häufig Hilfe. Wir wollen, dass Unterstützungssysteme bei der Hilfe in familiären Krisen den Blick auf stärker auf das Wohlergehen der Kinder richten. Familienbildung muss als Pflichtaufgabe im Kinder- und Jugendhilfegesetz festgeschrieben und entsprechend ausfinanziert werden. Familien- und Mütterzentren, Erziehungsberatungsstellen, Kindertageseinrichtungen und auch Hebammen und Kinderärzte müssen vernetzter agieren. Standards und Qualitätssicherung müssen entwickelt werden. Der unter Rot-Grün begonnene Aufbau von Eltern-Kind-Zentren soll fortgesetzt werden, um diese neue Generation kinder- und familienfördernder Institutionen zu stärken.

Geld ist nur der Anfang – Institutionen ausbauen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten es für dringend notwendig, die Instrumente der finanziellen Familienförderung einer kritischen Bilanz zu unterziehen.

Deutschland steht im internationalen Vergleich bei der Förderung von Familien gut da: Die staatlichen Leistungen für Familien liegen laut Bundesregierung bei jährlich fast 100 Mrd. Euro, das sind 4,5 % des Bruttoinlandsprodukts. Mit 34,8 Mrd. Euro stellt das Kindergeld dabei den mit Abstand größten Betrag. Trotz dieses hohen Finanzaufwandes hat Deutschland bei der Kinderfreundlichkeit großen Nachholbedarf. Ein Zeichen dafür ist, dass viele junge Menschen in Deutschland Kinderwünsche haben, sie aber nicht realisieren. Die Chancen von Kindern aus sozio-ökonomisch schwachen Familien auf eine höhere Ausbildung sind im Vergleich mit anderen Industrienationen erschreckend niedrig. Kinderarmut ist nach wie vor ein schwerwiegendes Problem. Offensichtlich versagen die bestehenden Instrumente der Familien- und Kinderförderung bei ihren zentralsten Aufgaben: sie schaffen keine kinderfreundlichen Bedingungen, werden dem einzelnen Kind nicht gerecht und stellen keine Chancengerechtigkeit her. Wir plädieren deshalb für eine kritische Bilanz und einen Richtungswechsel bei der Förderung von Familien und Kindern. Die

Familienförderung setzt heute mittels Steuererleichterungen oder direkten Finanzhilfen vorrangig auf individuelle Finanztransfers. Die Leistungen sind zersplittert und verfolgen in ihrer Zielsetzung keine klare Linie. Die bestehenden Finanzinstrumente müssen gebündelt und besser auf den tatsächlichen Bedarf abgestimmt werden.

Die Familienförderung in Deutschland spiegelt ein Verständnis von Familie wider, das heutigen Lebensformen nicht mehr entspricht. Leitbild der Familienpolitik und -finanzierung war lange die Alleinverdienerehe, heute aber wollen viele Frauen Berufstätigkeit und Familie verbinden und viele Paare brauchen zwei Einkommen, um über die Runden zu kommen. Immer mehr Kinder wachsen als Einzelkinder auf, Mütter und Väter leben ohne Trauschein mit ihren Kindern zusammen, immer mehr allein Erziehende tragen Verantwortung für eine Familie. Um die veränderten Formen des Lebens mit Kindern adäquat unterstützen zu können, müssen die Prioritäten neu geordnet werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN plädieren für eine konsequente finanzpolitische Prioritätensetzung auf den Ausbau der Infrastruktur. Vom Besuch einer hochwertigen Kinderbetreuung profitieren Kinder und Eltern gleichermaßen, gleiches gilt für die gute und gesunde Schule. Deutschland steht bei der institutionellen Förderung von Kindern im EU-Vergleich eher schlecht da. Das Geld, das für Kinder ausgegeben wird, muss so bei den Kindern ankommen, das es sie bestmöglich in ihrer Entwicklung unterstützt.

Ausgehend davon, dass

- Kinder zunehmend bei Alleinerziehenden oder in Lebensgemeinschaften ohne Trauschein aufwachsen und in vielen Familien beide Elternteile arbeiten;
- Viele Kinder von Armut und sozialer Exklusion betroffen sind;
- Kinder aus sozio-ökonomisch schwachen Familien im Bildungssystem strukturell benachteiligt werden.

Plädieren wir für:

- Die Reform veralteter Finanzierungstransfers, die den heutigen Bedürfnissen von Familien nicht mehr gerecht werden.
- Die Entwicklung neuer Finanzinstrumente, die sicherstellen, dass staatliche Gelder bestmöglich zur Förderung von Kindern und Jugendlichen eingesetzt werden können.
- Eine Umschichtung von Mitteln für dringend notwendige Investitionen in die Infrastruktur: Kindergarten und Schule.

Kindergrundsicherung

Die Kindergrundsicherung, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schon seit vielen Jahren als politisches Ziel formuliert, bleibt auch wei-

Investitionen
in die Infrastruktur

Bürokratischen Aufwand senken

terhin ein wichtiges Gerechtigkeitsprojekt für Kinder. Wir haben den ersten Schritt mit der Einführung des Kinderzuschlages als neue familienpolitische Leistung für ALG 2 Bezieher gemacht. Jetzt muss der Kinderzuschlag weiter entwickelt werden. Die bisherige, viel zu komplizierte und beschränkte Ausgestaltung kann eindeutig verbessert werden. Wir wollen die viel zu eng gesetzten Einkommensgrenzen erweitern, besonders die Mindestgrenze könnte vermindert oder ganz abgeschafft werden. Die gegenwärtige Anrechnungsquote bei übersteigendem Einkommen muss von 70% auf 50% gesenkt werden, um einen vernünftigen Arbeitsanreiz zu erhalten. Auch die Begrenzung auf maximal 36 Monate muss aufgegeben werden. Durch diese Änderungen ließe sich der bürokratische Aufwand für den Kinderzuschlag deutlich senken und gleichzeitig würden – bei vertretbaren Mehrkosten – deutlich mehr Familien durch das Instrument erreicht.

Das ALG II muss so ausgestaltet sein, dass es das Existenzminimum für Kinder und Familien sichert. Die Anpassung der Regelleistungen muss in einem transparenten Verfahren durchgeführt werden. Die materielle Schlechterstellung von Kindern im Alter von über 7 Jahren im Vergleich zur alten Sozialhilfe wollen wir rückgängig machen. In eheähnlichen Gemeinschaften dürfen Lebensgefährten nicht gezwungen werden, ihr Einkommen für den Bedarf der Kinder der jeweiligen Partner einzusetzen, wenn es nicht die gemeinsamen sind.

Kinderbetreuungskarte

Wir wollen den Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung für unter 3-Jährige einführen und durch eine Kinderbetreuungskarte mitfinanzieren. Eltern erhalten die Kinderbetreuungskarte zur Inanspruchnahme eines Betreuungsplatzes in einer frei gewählten Kindertageseinrichtung oder in der Kindertagespflege. Die Leistung auf der Karte ist pauschaliert und wird einkommensunabhängig gewährt. Je nach Art des Betreuungsplatzes schießt der Bund jährlich bis zu 3.600 Euro zu. So fließt das Geld über die Familien direkt in die benötigte Infrastruktur. Finanzierer wollen wir die Karte durch die Umwandlung des Ehegattensplittings in eine Individualbesteuerung. Die entstehenden Mehreinnahmen für den Bund in Höhe von ca. 2,13 Mrd. Euro sollen vollständig in die Finanzierung der Kinderbetreuungskarte fließen. Den Finanzanteil der Länder in Höhe von 2,13 Mrd. Euro wollen wir zusätzlich in Kinderbetreuung investieren. Die 0,75 Mrd. Euro, die an die Kommunen gehen, wollen wir für Sachinvestitionen und Ausbaukosten einsetzen. Auf diese Weise fließen zusätzliche Mittel für Bildung, Betreuung und Erziehung von Kindern und die Nachfrageposition der Eltern wird gestärkt. So entsteht ein umfassendes Investitionsprogramm zur Förderung der frühkindlichen Bildung und Betreuung.

Bildungsfinanzierung

Unterstützung für Jugendliche in der Ausbildung wird in Deutschland an die Eltern ausgezahlt, bis die Kinder 27 Jahre sind. Diese finanzielle Abhängigkeit von den Eltern wollen wir beenden: junge Erwachsene sind mündige Bürger, die in ihrer Selbständigkeit gefördert werden müssen. Das Kindergeld und die Ausbildungsfreibeträge für über 18-jährige wollen wir bündeln und in eine Bildungsfinanzierung für junge Erwachsene umleiten. Ein tragfähiges Modell für eine solche Bildungsfinanzierung werden wir erarbeiten.

Unterhalt

Auch bei Unterhaltszahlungen wollen wir junge Erwachsene ernst nehmen: der Unterhalt des zahlungspflichtigen Elternteils muss direkt auf das eigene Konto der volljährigen Kinder gezahlt werden, nicht wie bisher an den geschiedenen Partner. Im Unterhaltsrecht müssen Kinder außerdem im Rang nach vorne gestellt werden. Im so genannten Mangelfall kommt es sonst vor, dass die Kinder leer ausgehen. Wir versprechen uns von der Änderung der Rangstellung auch, dass sich die Zahlungsmoral der zahlungsunwilligen Eltern verbessert, wenn sie das Geld nicht mehr »für ihren Expartner«, sondern für das eigene Kind ausgeben.

Kinderfreizeitkarte

Perspektivisch wollen wir das Kindergeld weiter entwickeln. Wir prüfen die Entwicklung neuer Instrumente, die sicherstellen, dass Finanztransfers direkt zur bestmöglichen Förderung von Kindern verwendet werden. Als ersten Schritt schlagen wir die Einführung einer Kinderfreizeitkarte vor. Neben dem Ausbau von sinnvollen Freizeitangeboten an Schulen wollen wir bedürftigen Kindern damit die Möglichkeit zur stärkeren sozialen und kulturellen Teilhabe eröffnen. Gerade Kinder aus sozio-ökonomisch schwachen Elternhäusern verfügen häufig über zu wenig kulturelles Kapital, um ihre Entwicklungschancen optimal nutzen zu können. Jedes Kind, das sich in einer Armutslage befindet, soll einen monatlichen Gutschein über 25 € erhalten, der für Sportkurse, Musik-Unterricht und ähnliche Angebote genutzt werden kann. Wir wollen über diesen Gutschein die Nachfragemacht der Eltern und Kinder stärken. Die Kinderfreizeitkarte muss in allen Institutionen angenommen werden. Die Vereine und Einrichtungen, die Anbieter innerhalb des Modells werden wollen, müssen zertifiziert sein.

Weiterentwicklung
des Kindergeldes

Kinder in den Mittelpunkt – von Anfang an!

Umdenken in der Bildungspolitik

Recht auf Bildung

Jedes Kind hat ein Recht auf Bildung. Bildung, so heißt es im Artikel 29 der UN-Kinderrechtskonvention, müsse darauf gerichtet sein, dass jedes Kind seine Persönlichkeit, seine Begabung, seine geistigen und körperlichen Fähigkeiten entfaltet.

Jedes Kind solle lernen können, seine eigene kulturelle Identität und die der anderen zu achten. Es solle die Menschenrechte und seine Umwelt achten und so vorbereitet sein auf »ein verantwortungsbewusstes Leben in einer freien Gesellschaft«, die gekennzeichnet ist von Verständigung, Frieden, Toleranz, Gleichberechtigung der Geschlechter, Freundschaft zwischen den ethnischen, nationalen, religiösen Gruppen. Für jedes Kind muss – soll dieses ambitionierte Ziel nicht Vision bleiben – eine Förderung garantiert werden, die seinen individuellen Fähigkeiten, Talenten und Interessen Raum zur Entfaltung und Entwicklung gibt. Um diese Förderung sicher zu stellen, braucht es fundamentaler Veränderungen sowohl im frühkindlichen Bildungsbereich, als auch im deutschen Schulsystem.

Seit vielen Jahren fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein Umdenken bei der Bildungspolitik: individuelles Fördern, längeres, gemeinsames Lernen, keine oder spätere Trennung der Schulformen und eine intensivere frühkindliche Bildung sind notwendig. Die Ergebnisse der PISA – und IGLU Studien haben diesen politischen Ansatz noch einmal als richtig bestätigt. Kein Bildungssystem ist so selektiv und ungerecht, kein Bildungssystem manifestiert die soziale Herkunft so sehr und bietet so wenig Durchlässigkeit wie das deutsche.

Früh lernen befördern statt zu behindern

Kinder forschen, Kinder platzen vor Neugierde, müssen ausprobieren und entdecken. Ihr unbändiger Lernrang ist in den Jahren vor der Schule am stärksten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen die frühkindliche Betreuung, Bildung und Erziehung als die Grundlage für lebenslanges Lernen, als ein Recht des Kindes und eine solide Investition in die Zukunft unserer Gesellschaft.

Rechtsanspruch – für Alle von Anfang an

In Deutschland sind die Bildungs- und Betreuungsangebote für unter Dreijährige absolut unzureichend ausgebaut. Auch wenn es hier durchaus regionale bzw. West-Ost-Unterschiede gibt, besteht beim Ausbau der Kindertagesbetreuung der größte Nachholbedarf. Mehr und bessere Bildung und Betreuung sind die Voraussetzung für eine frühe Förderung von Basiskomp-

enzen und lebenslanges Lernen. Ein ausreichendes Kinder-tagesbetreuungsangebot ist essentiell, um Eltern und gerade Alleinerziehenden die Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder Ausbildung zu ermöglichen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ab dem 1. Lebensjahr. Finanzieren wollen wir diese Erweiterung durch die Umwandlung des Ehegattensplittings in ein Individualsplitting. Die frei werdenden Mittel sollen für die Einführung einer Kinderbetreuungskarte verwandt werden, die wir im Finanzteil dieses Papiers vorstellen.

Wir wollen Vielfalt in den Erziehungsmöglichkeiten und echte Wahlfreiheit. Dazu gehört auch die Unterstützung der Tagespflege. Wir wollen integrative Tagesstätten, die für Kinder mit und ohne Behinderungen, sowie für Kinder mit erhöhtem Förderbedarf gleichermaßen offen sind und den unterschiedlichen Anforderungen entsprechen.

Wir wollen, dass Kindertagesbetreuung und Vorschuljahr perspektivisch für alle Kinder beitragsfrei zur Verfügung stehen. Ein erster Schritt in diese Richtung ist die Einführung eines beitragsfreien Jahres in Kindertagesstätten. Langfristig streben wir ein beitragsfreies qualifiziertes Ganztagsbetreuungsangebot für alle Kinder vom 1. bis zum 12. Lebensjahr an. Kurzfristig hat der Ausbau des Angebotes und die Verbesserung der Qualität für uns Vorrang vor der Kostenfreiheit. Kindern und Eltern nützt ein nur theoretisch vorhandenes, dafür aber kostenfreies Angebot herzlich wenig.

Ein Gütesiegel für Kinderbetreuung – Bildung stärken und Qualität verbessern

Der Ausgangspunkt frühkindlicher Pädagogik ist das Kind. Kinder entdecken in ihren ersten Lebensjahren sich selbst, ihre eigenen Interessen und Wünsche, erfahren ihre Stärken und Schwächen und erleben ihre Gefühle. Sie lernen, zwischen sich und anderen zu unterscheiden und erleben Verschiedenheit. Die immanente Bedeutung früher Förderung ist hinreichend untersucht und bestätigt. Doch dieser Erkenntnisgewinn findet viel zu wenig Einlass in die konkrete Bildungsarbeit. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen den Bildungsauftrag für Kindertagesstätten klar definiert, festgeschrieben und umgesetzt wissen, um genau diesen Entdeckungsgeist früh zu fördern. Die Bedeutung der Kindertagesstätten als Ort des spielenden Lernens und als erste Säule des Bildungssystems muss gestärkt werden. Schlüssel dazu ist ein ganzheitliches Verständnis von Bildung. Eine gute und kindgerechte Verpflegung gehört für uns ebenso dazu wie bewegungsorientiertes Lernen.

Die in den einzelnen Ländern vorliegenden Erziehungs- und Bildungspläne sollten mit dem Ziel einer verbindlichen Umsetzung abgeglichen werden. Wir wollen ein Gütesiegel, das den guten

Bildungsauftrag für
Kindertagesstätten

Kinder in den Mittelpunkt **Plädoyer für einen Perspektivwechsel**

Starke Kinder
brauchen starke
Eltern

und gesunden Kindergarten für die Eltern erkennbar macht. Grundlage dafür ist die Einführung eines Zertifizierungsverfahrens mit verbindlichen Qualitätsstandards.

Die größten Defizite gibt es beim Sprachvermögen von Kindern – mit und ohne Migrationshintergrund. Diese Defizite werden viel zu oft erst mit dem Einsetzen der Schulpflicht bemerkt – oft genug zu spät. Wir halten Sprachstandserhebungen für alle Kinder im Alter von 4 Jahren für unverzichtbar. Sprachdefizite müssen durch begleitende, obligatorische Fördermaßnahmen ausgeglichen werden. Sprachförderung muss bereits vor der Schule beginnen und während der Schulzeit weiter geführt werden.

Eine Qualitätsoffensive kann nicht ohne verbesserte Ausbildung der ErzieherInnen gelingen. Damit ErzieherInnen altersgerecht, kultur- und geschlechtssensibel auf die Bedürfnisse der Kinder eingehen können, ist die pädagogische Ausbildung der ErzieherInnen auf Hochschulniveau sinnvoll, in der Ausbildung, Praxis und Forschung gebündelt werden. Wichtig ist auch, den Erzieherberuf verstärkt für Männer attraktiv zu machen. Neue Untersuchungen zeigen, dass auch die Jungen vom aktuellen Betreuungs- und Bildungssystem gerade im frühkindlichen Bereich benachteiligt werden. Und schließlich braucht es eine gerechte Entlohnung der ErzieherInnen. Auch in der Tagespflege muss es Verbesserungen bei der Qualifizierung geben.

Betreuung und Erziehung – eine gemeinsame Aufgabe von Eltern und Einrichtung

Frühkindliche Bildung kann nur im Zusammenspiel von Eltern, Betreuungseinrichtung und Gesellschaft gelingen. Die Verantwortung für die Entwicklung der Kinder tragen alle gemeinsam. Starke Kinder brauchen starke Eltern. Deshalb setzen wir uns für unterstützende Angebote und Institutionen zur Elternbildung ein. Solche Anlaufstellen helfen durch Bildungsempfehlungen und Beratungsmöglichkeiten Rat suchenden Müttern und Vätern, bieten Eltern Orientierung, denn auch Eltern-Sein will gelernt sein. Qualitätsentwicklung und geteilte Verantwortung bedürfen zudem eines kontinuierlichen Prozesses in der Zusammenarbeit von Eltern, Einrichtung und ErzieherInnen. Kindertagesstätten müssen zu Eltern-Kind-Zentren nach dem Vorbild der englischen Early-Excellence-Center ausgebaut werden. Familienbildung muss als Pflichtaufgabe im KJHG festgeschrieben und entsprechend ausfinanziert werden.

Die NEUE Schule

Nur eine Schule, die auf Lernfreude und die Kompetenzen der Kinder setzt und Leistung fördert, statt durch Druck zu hemmen und desillusionierend zu wirken, wird Kindern gerecht. Nur eine Schule, die sich in erster Linie an Kindern orientiert und das

Konzept der Kindzentriertheit konsequent umsetzt, wird erfolgreich sein. Dabei geht es um die inhaltliche und strukturelle Reformierung einer Institution, die, gehemmt durch Bürokratie und Mittelknappheit, ihren Aufgaben vielerorts nicht mehr nachkommen kann. Die Bemühungen um eine Schule als Lern- und Lebensort und die Forderung nach einer Strukturveränderung gehören für uns zusammen. Wir wollen einen konsequenten Umbau der Institution Schule und eine konsequente Umsetzung – mittlerweile konsensualler – wissenschaftlicher Erkenntnisse von Didaktik und Methodik. Es geht um nicht mehr und nicht weniger als um eine »NEUE Schule«.

Mit der Föderalismusreform hat die große Koalition ein Kooperationsverbot des Bundes und der Länder bei der schulischen Bildung ins Grundgesetz geschrieben und gemeinsame Anstrengungen wie beim Ganztagschulprogramm unmöglich gemacht. Die dringend notwendige Modernisierung des Bildungsbereiches wird damit allein den einzelnen Ländern überlassen – ein großer Fehler angesichts der hohen Erfordernisse, die eine Wissensökonomie im internationalen Wettbewerb an Bildung stellt. Wir werden in den Ländern weiterhin für Reformen in der Bildung streiten und auf Bundesebene Druck machen, wenn es darum geht, allen Kindern gleiche Bildungschancen zu bieten und Deutschland bildungspolitisch wieder an die Spitze zu bringen. Wir werden gerade jetzt die bildungspolitische Debatte nicht aus der Bundespolitik entlassen. Wir wollen gemeinsam mit den engagierten Bildungspolitikern der Länder, Lehrer-, Schüler- und Elternvertretungen Druck auf Landesregierungen und die Bundesregierung ausüben, damit mehr Geld in das Bildungssystem fließt und inhaltliche und strukturelle Veränderungen endlich geschehen. Wir lassen uns von der Föderalismusreform der großen Koalition nicht abschrecken.

**Eine neue Lernkultur –
Heterogenität anerkennen und als Chance nutzen**

Das derzeitige Schulsystem in Deutschland orientiert sich an dem Ziel homogener Lerngruppen. Dieser Ansatz führt aber nicht zu besseren Lernergebnissen, sondern allenfalls zu einer Bildungsdiskriminierung, bei der die Kinder aus so genannten bildungsfernen Schichten, Kinder mit Migrationshintergrund und mit Behinderungen auf der Strecke bleiben. Wir wollen, dass die Neue Schule jedes Kind in seinen individuellen Fähigkeiten und Fertigkeiten stärkt. Wir lassen kein Kind zurück. Die »Neue Schule« erkennt Heterogenität als Fakt und als Chance an. Eine individuelle Förderung, um beste Ergebnisse in der Spitze und in der Breite zu erreichen ist in heterogenen Gruppen möglich und muss nicht in unterschiedlichen Schulformen stattfinden. Alle

Für Reformen in der
Bildung streiten

Umgang mit neuen Medien

Kinder haben das Recht auf Qualität und brauchen Chancen und Unterstützung, um zu bestmöglichen Leistungen zu kommen. Wir legen deshalb auch Wert auf die gemeinsame Erziehung der Kinder und Jugendlichen mit und ohne Behinderungen und unterschiedlicher sozialer Herkunft.

Frontalunterricht wird mehr und mehr aus den Schulen verschwinden. Die Rolle von Lehrerinnen und Lehrer verändert sich. Sie werden viel stärker zu Anleitern und Moderatoren. Schülerinnen und Schüler gestalten den Unterricht aktiv mit. Die »Neue Schule« setzt auf heterogene Lerngruppen und wechselnde Unterrichtsmethoden, wie Projekt- und Gruppenarbeit sowie fachübergreifender Unterricht. Auch Selbstlernphasen, in denen sich Schüler ganze Stoffeinheiten selbst beibringen sollten größeren Raum einnehmen, da sie von uns geforderte neue Lernkultur unterstützen.

Neben dem Lesen, Schreiben und Rechnen als den Schlüsselkompetenzen wird der Umgang mit neuen Medien zur entscheidenden neuen Kulturtechnik. Grundlage hierfür ist eine verstärkte Vermittlung von Medienkompetenz in allen Bereichen unseres Bildungssystems. Es sind hier auch die Länder gefragt. Sie müssen in Schulen und Weiterbildungseinrichtungen, die bislang vernachlässigte mediale Bildung forcieren. Medienkompetenz meint nicht nur das Beherrschen neuer (medialer) Techniken, sondern auch das kritische Hinterfragen, Bewerten und Orientieren in einer Welt der scheinbar unendlichen Informationsfülle.

Wir wollen in Anlehnung an PISA eine regelmäßige Untersuchung der vorhandenen Medienkompetenz (Medien-PISA). Ziel ist, eine Bestandsaufnahme der Vermittlung von Medienkompetenz zu bekommen und Verbesserungen zu initiieren.

Neue Lehrerbildung für neue Schulen

Wir fordern eine umfassende Reform der Lehrerbildung. Die Lehrerbildung der Zukunft darf sich nicht mehr an der Schulformen orientieren. Sie braucht eine stärkere Ausrichtung auf die veränderten Anforderungen in der Praxis, um individuell fördern und mit heterogenen Lerngruppen umgehen zu können, Teamarbeit, und Sprachförderung. PädagogInnen benötigen interkulturelle Kompetenzen, Kompetenzen zur Integration von Kindern mit Behinderungen, zu Gesundheitserziehung, Verbraucherschutz und Medienpädagogik. Lehrkräfte unterrichten nicht Fächer, sondern Kinder. In der Lehrerbildung hat traditionell das Fachwissen einen sehr hohen Stellenwert, während die Vermittlungskompetenz oft viel zu kurz kommt. Hier muss die Schwerpunktsetzung dringend geändert werden. Wir brauchen Lehrerinnen und Lehrer, die in der Arbeits- und Schulumwelt zu Hause sind. Ihre Ausbildung muss so gestaltet sein, dass ihnen auch andere Berufsfelder offen stehen. Genauso müssen aber

auch qualifizierte Praktiker die Möglichkeit haben, ihr Wissen in die Schule zu tragen. Den Beamtentstatus und für Lehrerinnen und Lehrer wollen wir abschaffen, die Umstellung auf Bachelor- und Masterstruktur, d.h. die Abschaffung des Staatsexamens, unterstützen wir. Schulen sollten unterschiedliches Personal entsprechend ihres Bedarfs und Profils haben, z.B. SozialarbeiterInnen, PsychologInnen, UnterrichtsassistentInnen etc. Außerdem müssen wir mehr junge Leute mit Migrationshintergrund motivieren, ein Lehramtsstudium aufzunehmen.

Ganztägig lernen

Wir fordern die flächendeckende Einführung von Ganztags-schulen. Das unter Rot-Grün aufgelegte Ganztags-schulprogramm hat, bei aller Kritik an der Verwendung der zur Verfügung gestellten Mittel durch die Länder, den Ausbau von Ganztagsangeboten in Deutschland vorangetrieben. Doch das ist nur ein Anfang. Die NEUE Schule soll eine Ganztags-schule sein. Ein ganztägiges Angebot fordert pädagogische Innovationen, die Raum für selbständiges, eigenverantwortliches Lernen und Arbeiten im Team ermöglichen. Das richtige Lernklima und erfolgreiche Bildungsprozesse brauchen ein pädagogisches Gesamtkonzept. Reinen Betreuungsangeboten ohne pädagogische Qualitätssicherung wie auch einer bloßen Verlängerung des Schulvormittags erteilen wir eine Absage. Dies erfordert einen neuen Rhythmus in der Schule: Arbeitszeit und -organisation an der Schule werden neu gestaltet. Die Orientierung am 45-Minuten Takt hemmt Lernen viel zu oft. In der ganztägig geöffneten Schule finden Projekte und Workshops statt, etwa aus Musik, Sport, Wirtschaft, Kunst, neuen Medien oder dem Sozialbereich. Es gibt Hausaufgabenbetreuung, Förderangebote und Arbeitsgemeinschaften. Individuelles Lernen, fächerübergreifendes Lernen und Lernen in Projekten werden ermöglicht, der Vereinzelung vieler Kinder wird entgegen-gewirkt. Der ohnehin stattfindende Nachmittagsunterricht wird eingebunden. In der ganztägig geöffneten Schule verändert sich auch ihr Aufgabenspektrum. Neben dem Unterrichten gewinnen auch Fragen der Persönlichkeitsentwicklung von Jugendlichen mehr an Gewicht.

Jahrgangsübergreifende (flexible) Schuleingangsphase

Kinder entwickeln sich gerade in den ersten Lebensjahren unterschiedlich schnell. Manche lernen schon mit fünf Jahren lesen, manche haben noch mit sieben Jahren Schwierigkeiten damit. Das heißt aber nicht, dass diese Kinder nicht auf anderen Gebieten früher Fähigkeiten entwickeln, als ihre Altersgenossen. Kinder in altersgleichen Klassen zu unterrichten, geht völlig unzureichend auf ihre Talente und Fähigkeiten ein. Wir fordern deshalb die flächendeckende Einführung einer flexiblen Schuleingangsphase,

Veränderung des
Aufgabenspektrums

in der Kinder ein, zwei oder auch drei Jahre ohne Versetzungsdruck in altersdifferenzierten Gruppen lernen können. Mit dieser Schuleingangsphase verhindern wir in den ersten Jahren bereits Brüche in Bildungsbiografien, Enttäuschungen und Resignation bei entwicklungsverzögerten Kindern und schaffen ein Klima für individuelle Förderung – für Durchstarter UND etwas langsamere Kinder. Eine flexible Eingangsphase kann auch die heute oft völlig unzureichende Zusammenarbeit zwischen Kindertagesstätte und Grundschule verbessern.

Länger gemeinsam lernen

Wir plädieren für längeres gemeinsames Lernen in einer Neuen Schule bis mindestens zum Ende der Pflichtschulzeit. PISA hat gezeigt, dass längeres gemeinsames Lernen in einer veränderten Lernkultur den Lernerfolg in der Breite und in der Spitze vergrößert. Wer Engagement und Leistungsbereitschaft bei allen Kindern fördern will, muß ihre individuellen Ressourcen erkennen und fördern. Nach dreieinhalb bis vier Jahren Schulbesuch, d.h. bei 10jährigen Kindern ein fast immer endgültiges Urteil über die Chance auf ein Studium zu fällen, ist ungerecht gegenüber Kindern, deren Talente in dieser kurzen Zeitspanne nicht gefördert wurden oder nicht zur Entfaltung kamen.

Autonomie von Schulen

Die »Neue Schule« ist eigenständig und eigenverantwortlich. Sie verfügt über ein eigenes Budget. Je weniger die Schulen von Schulämtern und Kultusministerien gegängelt werden, um so mehr Zeit steht für die inhaltliche Profilierung und für das Lernen und Lehren selbst zur Verfügung. Kultusministerien müssen die Autonomie garantieren, die Fortbildung von Lehrern und Lehrerinnen organisieren, die Evaluation und Qualitätssicherung überwachen und die Qualitätsstandards weiterentwickeln. Wir setzen auf nationale Bildungsstandards als Mittel der Qualitätsentwicklung von Schule. Bildungsstandards ermöglichen einen transparenten Vergleich nicht nur von Schülerleistungen, sondern vor allem der Qualität von Schulen. Die meisten schulischen Aufgaben können vor Ort an der Schule am Besten gelöst werden. Die Schulkonferenz legt die Schwerpunkte und Leitlinien für das schulische Leben fest. Die Schulleitung muss Personal- und Organisationsentwicklung gewährleisten und verantwortet mit dem Kollegium guten Unterricht und die Förderung von Lernleistungen. Für diese Aufgabe muss die Schulleitung ausreichend von Unterrichtsverpflichtungen freigestellt sein. Wir wollen die Beteiligungsstrukturen für Schülerinnen und Schüler ausbauen. Autonome Schulen heißt, auch Schulen in freier Trägerschaft stärker zuzulassen. Die Pluralität der Schullandschaft muss erhalten und gefördert werden. Deshalb wenden wir uns auch weiterhin

Autonomie muss
garantiert werden

gegen jegliche finanzielle Diskriminierung freier Schulen. Wenn schon ein Bildungswettbewerb, dann zwischen den Schulen und nicht zwischen Bundesländern und Kultusministern.

Qualität braucht Vergleichbarkeit

Die Sicherung der Qualität an Schulen muss durch bundesweite klar definierte Mindeststandards für die Bildung sowie durch deren Überprüfung gewährleistet werden. Schulen müssen Rechenschaft darüber ablegen, ob und wie sie ihre selbst gesetzten und die vorgegebenen Bildungsziele tatsächlich erreichen. Die Selbstevaluation der Schulen muss regelmäßig durch externe Evaluation von unabhängigen Qualitätsagenturen ergänzt werden. Damit die durch Evaluation gewonnenen Erkenntnisse wirksam werden können, brauchen Schulen verlässliche Rahmenbedingungen und effektive Beratungs- und Unterstützungsangebote. Sie müssen über Mittel verfügen, um auf ihre spezifische Situation zugeschnittene Fort- und Weiterbildung einkaufen zu können. Die Entwicklung einer Evaluationskultur darf nicht auf die Schulen beschränkt werden, sie muss auch die Schulaufsicht und die Schulämter einbeziehen. Reformen und Eigeninitiative der Schulen werden durch das gegenwärtige Geflecht an administrativen Reglementierungen für den Bildungsbereich stark behindert. Zukünftig sollen an ihre Stelle Zielvereinbarungen treten, in denen sich Land und Kommune gegenüber der Schule verpflichten, Finanzen für Personal und Sachmittel und lerngerechte Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen. Die Schule verpflichtet sich, das vorgegebene Kern-Curriculum sowie Bildungs- und Qualitätsstandards zu erfüllen.

Mindeststandards für
die Bildung

Gesund aufwachsen

»Gesundheit ist der Zustand des vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens und nicht nur des Freiseins von Krankheit und Gebrechen.« (Verfassung der WHO) Gesundheit, Wohlbefinden und ein gutes Körpergefühl gehören zu den Grundvoraussetzungen für ein aktives Leben und die Nutzung von Lebenschancen. Das gilt besonders auch für Kinder. Sie brauchen den Schutz ihres Umfeldes und der ganzen Gesellschaft, um sich gut entwickeln zu können.

Infektionskrankheiten waren früher die größte Herausforderung im Kampf um eine bessere Kindergesundheit. Sie konnten in den letzten Jahrzehnten erfolgreich eingedämmt werden und heute sind es neue Krankheitsbilder, von denen Kinder betroffen sind. Immer mehr Kinder leiden unter psychischen Störungen und

Allergien, unter Essstörungen wie Magersucht und Bulimie, sind übergewichtig und haben ernährungsbedingte Krankheiten. Oft treten diese Krankheiten gemeinsam auf, zum Teil bedingen sie einander. Chronische Erkrankungen, die früher fast ausschließlich Erwachsene betrafen, treten heute schon in der Kindheit auf. Die Gesundheit von Kinder ist eng an ihre Lebensbedingungen gekoppelt: eine Rolle spielen individuelle Verhaltensmuster und die Situation in der Familie, aber auch das Lebensumfeld mit Faktoren wie Schadstoffaufnahme oder Lärmbelastung. Heilung kann oft nur im Zusammenwirken mit der Familie gelingen. Um die neuen Krankheitsbilder effektiv zu bekämpfen, müssen wir über den Bereich der Gesundheitspolitik hinaus in unterschiedlichsten Gesellschaftsbereichen aktiv werden. Wir brauchen einen Politikmix aus Prävention, Ressourcenstärkung und Bildungsorientierung.

Umweltschutz ist Kinderschutz

In ihrer Lebensumwelt sind Kinder vielen gesundheitsgefährdenden Einflüssen wie Schadstoffen und Chemikalien, Strahlung oder Lärm ausgesetzt. Kinder sind keine »kleinen Erwachsenen«, ihre Körperreaktionen unterscheiden sich von denen erwachsener Menschen. Der kindliche Organismus befindet sich noch in der Entwicklung und kann daher empfindlicher reagieren. Kinder sind aufgrund ihrer Stoffwechsel-Empfindlichkeit Schadstoffen stärker ausgesetzt. Und sie können sich manchen Belastungssituationen schwerer entziehen. Wir fordern einen vorsorgenden Umwelt- und Gesundheitsschutz, der sich nicht an den Bedürfnissen des Durchschnitts, sondern an den empfindlichsten Mitgliedern der Gesellschaft, den Kindern, orientiert:

Bei der EU-Verordnung zum Umgang mit Chemikalien (REACH) muss der Ersatz von gefährlichen Chemikalien zwingend vorgeschrieben werden, wenn es sicherere Alternativen gibt. Weiterhin fordern wir Transparenz, Informationen über enthaltene Chemikalien müssen innerhalb der Herstellungskette weiter gegeben werden. Eltern (und alle anderen Verbraucher) müssen in die Lage versetzt werden, sich über gefährliche Chemikalien in Alltagsprodukten zu informieren.

Wir fordern das konsequente Verbot von Weichmachern in allen Alltagsgegenständen, nicht nur in Kinderspielzeug.

Ozon wirkt gerade auf Kinder besonders schädlich. Die Ozon Konzentrationen in unserer Luft muss deshalb weiter minimiert werden. Dazu gehört neben den notwendigen verkehrspolitischen Maßnahmen auch die weitere Verringerung von Ozonvorläufer-substanzen in der Luft.

Kinder reagieren auch auf Lärm sehr empfindlich. Die bestehenden Grenzwerte für Verkehrs- und Fluglärm müssen deshalb

Informationen über
Chemikalien

an die Bedürfnisse von Kindern angepasst werden. Weiter gilt es die durch moderne Kommunikationsmedien und öffentlichen Veranstaltungen (Discotheken, Kino, Konzerte) zunehmende »freiwillige« Lärmbelastung vor allem bei Jugendlichen in den Fokus zu nehmen. HNO-Ärzte prognostizieren eine rasante Zunahme von Hörschaden bei jungen Erwachsenen aufgrund des Freizeitlärms und empfehlen Aufklärung und Beratung. Erforderlich sind epidemiologische wissenschaftliche Studien der Lärmwirkungsforschung, die Auskunft geben können über die physiologischen und psychologischen Folgen der Lärmbelastung.

Immer mehr Kinder nutzen Mobiltelefone. Nach wie vor kann eine gesundheitliche Gefährdung durch Mobilfunkstrahlung nicht sicher ausgeschlossen werden. Hersteller von Geräten, die mit Hochfrequenztechnik funktionieren (Babyphone, Mikrowellenherde, WLAN-Router etc.), müssen zu aussagekräftigen Warnhinweisen zur Strahlenbelastung auf Packung und Gerät verpflichtet werden.

Betreiber von Funksendeanlagen verpflichtet müssen werden, nachzuweisen, dass sie bei der Planung, der technischer Realisierung und dem Betrieb alle Möglichkeiten genutzt haben, die Belastung der Bevölkerung durch hochfrequente elektromagnetische Felder so gering wie möglich zu halten. Die Aufklärung über mögliche Folgen und die Transparenz über die Errichtung von Sendemasten muss verbessert werden. Von den Bundesländern fordern wir im Baurecht die Verankerung eines Entscheidungsrechts für die Kommunen bei der Standortwahl.

Gesunde Ernährung und mehr Bewegung – überall!

Kinder verfügen über natürliche Kompetenzen für eine gesunde und ausgewogene Ernährung, wenn sie auf die Welt kommen. Durch erlernte, ungesunde Ernährungsgewohnheiten verlieren sie diese Kompetenz oft schon in den ersten Lebensjahren. Immer mehr Kinder leiden unter Übergewicht, mangelnder Bewegung und Koordinationsstörungen. Oft haben diese Kinder schlechtere Chancen, ihr Leben erfolgreich zu meistern, denn Wissen über gesunde Ernährung und die Bedürfnisse des Körpers sind eine wichtige Basis für ein erfolgreiches und zufriedenes Leben. Eine alltägliche Esskultur, in der alle gemeinsam um den Tisch sitzen und eine Mahlzeit einnehmen, verschwindet mehr und mehr aus den Familien. Auch das Wissen darüber, wie Essen zubereitet wird, woher die Lebensmittel kommen und welche Nährstoffe sie enthalten, nimmt ab. Ein übriges tun so genannte Kinderlebensmittel, die alles andere als gesund sind und immer mehr Supermarktregale füllen. Die Lebensmittel- und Getränkeindustrie gibt für Marketing mit der Zielgruppe Kinder in den USA jährlich 10 Mrd. US\$ aus.

Industrie in die Pflicht
nehmen

Verpflegung mit gesundem, kindgerechtem Essen

Um ein gesundes und bewegungsaktiveres Leben für Kinder zu ermöglichen, brauchen wir ernsthafte und vielfältige Anstrengungen aller gesellschaftlichen Akteure:

Die ärztlichen U-Untersuchungen von Kindern sollten zur Prävention von Fettleibigkeit (Adipositas) genutzt werden. Ernährungsaufklärung und -beratung sowie Bewegungsförderung müssen Bestandteil der U-Untersuchungen werden: vom Stillen bis zur gesunden Ernährung nach dem ersten Lebensjahr.

Das Werbeverbot für Säuglingsnahrung muss umfassend umgesetzt werden, auch in Krankenhäusern dürfen keine Werbematerialien verteilt werden.

Der gute und gesunde Kindergarten muss die Verpflegung mit gesundem, kindgerechtem Essen, möglichst in Bio-Qualität gewährleisten. Er folgt einem erweiterten Erziehungsauftrag, der die Themen Ernährung und Bewegung berücksichtigt.

Die gute und gesunde Schule muss Ernährung und Bewegung als Querschnittsthema verankern. Wissen über Nahrungsmittel und ihre Verarbeitung und Zubereitung gehören auf die Lehrpläne. Einmal die Woche Sportunterricht reicht nicht, und bewegungsreiche Unterrichtseinheiten sollten selbstverständlich sein. Ein kindgerechtes und gesundes Mittagessen, möglichst in Bio-Qualität für alle Kinder sollte selbstverständlich sein.

Die Schulen, aber auch allen anderen Akteure im Bildungsbereich sind aufgefordert, eigene Kriterien dafür zu entwickeln, welches Angebot sie im Bereich Gesundheit machen wollen. Automaten mit Süßigkeiten oder zuckerhaltigen Getränken haben an Schulen nichts zu suchen. Bei Sponsoring-Verträgen muss auf Werbung für entsprechende Produkte oder Herstellernamen an den Schulen verzichtet werden. Hier sind auch die Länder in der Pflicht. Aktionen der Lebensmittelwirtschaft zur Bewegungs- und Gesundheitsberatung an Kindergärten und Schulen dürfen nicht mit Werbung für Firmennamen verbunden werden. Wir brauchen EU-weite Qualitätsstandards für solche Marketing-Maßnahmen.

Stadt- und Schulplanung muss kinderfreundlichere und bewegungsaktivere Konzepte umsetzen. Wir brauchen mehr Spielplätze. Bewegungsräume für Kinder und Jugendliche sollten in die Planung einbezogen und systematisch gefördert werden.

Wir fordern ein generelles Verbot von Werbung mit der Zielgruppe Kinder. Lebensmittel, die mit der Zielgruppe Kinder beworben werden, sind tendenziell ungesunde Lebensmittel, die vermehrt Zucker, Fett und Salz enthalten. Je mehr Werbung Kinder sehen, umso stärker ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie unter Fettleibigkeit (Adipositas) leiden. (Studie der WHO, 2004)

Es sind zu wenige Produkte auf dem Markt, die heutigen Konsumgewohnheiten entsprechen und bei Fett, Zucker und Kohlehydraten ein ausgewogenes Profil aufweisen. Hier ist die

Lebensmittelindustrie gefragt, wenn es darum geht, moderne Produkte zu entwickeln. Wir fordern ein Label, z.B. in Form einer Ampelkennzeichnung, die Lebensmittel mit einem hohen Anteil von Zucker oder Fett sofort erkennbar macht.

Wir fordern die Bundesregierung auf, die Vorschläge der EU-Aktionsplattform für Ernährung und Bewegung aufzugreifen und umzusetzen.

Gesundheitspolitik ist auch für Kinder da!

Kinderpolitik als Querschnittspolitik nimmt auch spezifische gesundheitspolitische Instrumente in den Blick. Dazu gehören für uns die Frühförderung und Primärprävention, die strukturelle Absicherung der Krankenversicherung für alle Kinder und auch die Stärkung und Unterstützung der Eltern bei der Gesundheitsfürsorge.

Die ärztlichen U-Untersuchungen von Kindern sind ein zentrales Instrument in der Gesundheitsförderung von Kindern. Wir wollen die Untersuchungen in ihrer Zielrichtung ausweiten und sie stärker für Prävention und Vorsorge nutzen. Wir plädieren für die Einrichtung von zwei zusätzlichen U-Untersuchungen im Alter von 3 Jahren und im Alter von 8-9 Jahren. Gerade im Hinblick auf die Wirksamkeit präventiver Maßnahmen ist ein regelmäßiges Stattfinden der Untersuchungen unerlässlich.

Die Gesundheitsförderung von Kindern und Jugendlichen findet insbesondere in den Kommunen statt. Aber häufig sind hier die Hilfesysteme zersplittert und nicht auf die Belange von Kindern abgestimmt. So kommt es allzu leicht zu einer Pathologisierung kindlicher Verhaltensweisen (z.B. Teilleistungsstörungen, ADHS). Erforderlich ist deshalb eine bessere Kooperation von Kinder- und Jugendhilfe und Gesundheitswesen.

Zwischen der sozialen Lage von Kindern und ihrer gesundheitlichen Situation von Kindern besteht ein enger Zusammenhang. Kommunale Hilfesysteme sowie Angebote der Gesundheitsförderung, Prävention und Früherkennung sind deshalb insbesondere auf die Belange sozial benachteiligter Kinder auszurichten.

Für alle medizinischen Leistungen müssen kindgerechte Normen entwickelt werden. Das betrifft die Fallpauschalen für Krankenhausaufenthalte ebenso wie Medikamentendosierung und die flächendeckende kinderärztliche und psychotherapeutische Versorgung.

Um die Rahmenbedingungen für die Prävention und Gesundheitsförderung gerade auch von Kindern zu verbessern, ist dringend ein Präventionsgesetz erforderlich. Bei der Definition der vorrangig zu berücksichtigenden Zielgruppen sind Kinder besonders hervorzuheben.

Alle präventiven, kurativen, rehabilitativen und Medikamentenversorgungskonzepte müssen auch auf Kinderbelange zugeschnitten werden.

Entwicklung
kindgerechter
Normen

Kinderfreundliche Stadt

Generationen- übergreifende Planung

Der Lebensraum von Kindern hat sich in den letzten Jahrzehnten stark verändert. Immer mehr Kinder wachsen in Städten auf. Besonders in den Innenstädten sind sie mit einem wenig kindgerechten Lebensumfeld konfrontiert. Aber auch im ländlichen Raum führt ein erhöhter Mobilitätsanspruch und der Rückgang der Dichte von Schulen und Kindertagesstätten dazu, dass Kinder ihre Wege auf dem Rücksitz des elterlichen Autos zurücklegen. Immer mehr Kinder halten sich hauptsächlich innerhalb der eigenen vier Wände auf, weil Bewegungs- und Spielräume im Freien fehlen und Fernsehen und Computer eine immer wichtigere Rolle spielen. Die motorischen und sozialen Defizite, die aus dieser Entwicklung resultieren, sind hinreichend bekannt.

Der Anspruch und die Wirklichkeit einer kinder- und jugendgerechten Stadt- und Regionalentwicklung fallen noch immer weit auseinander. Zu oft werden die Belange von Kindern mit dem Einplanen eines Spielplatzes in die Stadtplanung abgehakt. Dieser Ansatz vernachlässigt die Ganzheitlichkeit der Lebenswelt von Kindern, die das ganze Umfeld des Aufwachsens umfasst. Stadt- und Regionalplanung muss die Bedürfnisse von Kindern umfassend mitdenken. Auch die sich verändernden demografischen Gegebenheiten erfordern ein Umdenken in der Stadt- und Regionalplanung. Familien und ältere Menschen haben ähnliche Bedürfnisse, was Fußläufigkeit und barrierefreie Gestaltung des öffentlichen Raumes angeht. An anderen Stellen, z.B. bei der Lautstärke, gehen die Wünsche eher auseinander. Es gilt daher generationenübergreifend zu planen und die unterschiedlichen Bedürfnisse zu berücksichtigen.

Wir brauchen in den Städten und auf dem Land mehr Lebensräume für ein Leben mit Kindern und Jugendlichen. Das Kriterium muss ein bewegungsaktives Leben, die »Bespielbarkeit« der Räume, in denen Kinder und Jugendliche aufwachsen, sein. Die »Stadt als Spielraum« setzt auf die Sicherung und Vernetzung von Spielräumen, auf die Schaffung neuer und qualitativer Spielräume, auf eine geschlechter- und altersgerechte Spielflächenplanung.

Vor allem aber setzt eine Stadt- und Regionalplanung, die Kindern und Jugendlichen gerecht werden will, auf deren echte Beteiligung. Die Einbeziehung von Kindern in die Planung muss politisch gewollt, verbindlich und kontinuierlich passieren. Nur projektbezogene Beteiligung greift zu kurz. Teilhabe schafft Identifikation mit den Stadtquartieren, Orten und Kommunen. Deswegen ist Partizipation der heutigen Kinder eine Investition – gegen »Umlandflucht« und Abwanderung der zukünftigen Erwachsenen.

Kinderfreundliche Stadtentwicklung braucht Rahmenbedingungen

Wir wollen die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an Planungsverfahren verbindlich im Baugesetzbuch und in Gemeindeordnungen fest schreiben. Als Vorbild dienen hier die Regelungen in Schleswig-Holstein.

Das Planungsinstrument der Spielleitplanung, in Kommunen in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen bereits modellhaft erprobt, wollen wir zum Standardinstrument in der Stadtentwicklung zu machen.

Kinder und Jugendliche brauchen mehr Räume, um sich bewegen und spielen zu können. Entsprechend müssen Parks und bebaute Flächen in den Städten gestaltet werden und im ländlichen Raum Freiflächen zur Verfügung stehen. Gerade Jugendliche brauchen Platz, den sie selbst gestalten und nutzen können. Wir wollen, dass die Flächenkategorien des »Naturerlebnisraumes« und der »Aktivspielfläche« im Flächenkatalog des Baugesetzbuches (BauGB) verankert werden.

Der öffentliche Raum muss mehr als Straßenraum sein, er ist gerade für Kinder täglicher Aufenthaltsraum. Deshalb sind Kinderspielmöglichkeiten und Parkraumbewirtschaftung im Zusammenhang zu sehen, um mehr geschützte Spielflächen in dicht bebauten Quartieren zu schaffen.

Im Straßenverkehr sind Kinder noch immer eine der am meisten gefährdeten Gruppen. Angesichts der stetig wachsenden Zunahme des Straßenverkehrs sind alle Anstrengungen zur höheren Sicherheit von Kindern zu verschärfen. Das betrifft vor allem Spielstraßen und Tempo 30-Zonen. Schulen sollten so weit möglich von den Kindern und Jugendlichen zu Fuß, mit dem Rad oder öffentlichen Verkehrsmitteln erreicht werden. Wir wollen, dass die Zuschüsse zum Straßenbau an nachweisliche Aktivitäten für mehr Sicherheit von Kindern im Straßenverkehr und sinkende Unfallzahlen gekoppelt werden.

Eine Privilegierung von Kinderlärm im Baurecht ist dringend geboten. Insbesondere Spiel- und Bolzplätze müssen von den allgemeinen Lärmschutzvorschriften ausgenommen bzw. die Lärmschutzbestimmungen entsprechend nach oben korrigiert werden.

Wir wollen die Städte nach dem Leitbild »Gesunde Stadt« weiter entwickeln. Das betrifft insbesondere die Senkung von Schadstoff- und Lärmimmissionen. Messstationen gehören in den Bereich von Spielflächen und auf Kindernasenhöhe – nicht in zwei bis drei Meter Höhe!

**Höhere Sicherheit
für Kinder**

Kinder in den Mittelpunkt **Plädoyer für einen Perspektivwechsel**

Soziale Stadtentwicklung ausbauen

Nicht ausgrenzen, Stärken mobilisieren

Gerne richtet sich die mediale Aufmerksamkeit auf so genannte Problemstadtteile. In Deutschland gibt es eine lange Erfahrung mit sozialer Stadtentwicklung. Ausgrenzung und Stigmatisierung helfen nicht weiter. Dagegen schaffen soziale Unterstützung und Beratung die dauerhaft angelegt ist, eine Stabilisierung. Und wo Eltern mit ihren Problemen nicht alleingelassen werden, erfahren Kinder auch eine andere Kultur des Aufwachsens. Auch kann sich dort ein anderer Umgang mit dem öffentlichen Raum entwickeln. Umgang mit Konflikten und Gewalt muss gelernt werden, Gewalt entgegenzuwirken ebenfalls. Solche Arbeit braucht aber auch dauerhafte Finanzierung, sie ist dann nicht wirksam, wenn sie nur projekthaft und immer wieder unterbrochen stattfindet. Es gilt daher die soziale Stadtentwicklung auszubauen. Dabei gilt es auch aktiv auf die Familien zuzugehen, wie z.B. durch Familienhebammen.

Grenzen verbindlich aufzeigen, aber nicht wegsperren.

In der Auseinandersetzung um geschlossene Unterbringung, Verschärfungen des Jugendstrafvollzuges ist aus Sicht der meisten Fachleute es notwendig angemessen zu reagieren, und nicht symbolische Härte zu zeigen, die keine positiven Veränderungen birgt. Es gilt daher Kindern und Jugendlichen die Einhaltung von Grenzen aufzuzeigen. Hierzu ist der Erziehungsgedanke in der praktischen Arbeit und im Jugendstrafvollzugsgesetz zu stärken. Eine Form der geschlossenen Unterbringung, wie sie in Hamburg als Symbolpolitik betrieben wird, lehnen die Grünen daher entschieden ab. Es gilt dagegen die bestehenden weiteren Möglichkeiten auszubauen.

Kinder brauchen Schutz

Kinder sind eigenständige Persönlichkeiten mit eigenen Rechten. Gleichzeitig gehören sie zu den Schwächsten in unserer Gesellschaft und sind besonders schutzbedürftig. Wir räumen dem Kindeswohl einen hohen Stellenwert ein und wollen Kindern den Schutz gewährleisten, den sie brauchen, ohne sie zu entmündigen.

Kinder vor Gewalt und Vernachlässigung schützen

Kinder haben ein Recht auf gewaltfreies Aufwachsen. Mit dem Gesetz zur Ächtung der Gewalt in der Erziehung, das wir 2000 verabschiedet haben, ist dieses Recht ins Gesetzbuch geschrieben worden. Seitdem ist klargestellt: Schläge und seelische Gewalt

sind immer eine Verletzung der Würde der Kinder. Gewaltfreie und entwicklungsfördernde Verhältnisse für Kinder zu schaffen ist eine fortwährende Herausforderung. Aktuell sind viele Fälle bekannt geworden, in denen Kinder in erschreckender Weise von ihren Eltern vernachlässigt werden. Kindesvernachlässigung ist das Ergebnis eines komplexen Prozesses innerhalb einer Familie. Dem muss auch die Intervention gerecht werden und auf langfristige, früh ansetzende und vielschichtige Unterstützungskonzepte setzen.

Die politischen Rahmenbedingungen müssen das Miteinander von Ärztinnen und Ärzten, Hebammen, Erzieherinnen und Erziehern, Sozialpädagogen in Medizin- und Jugendhilfesystem und dem kommunalen Gesundheitsdienst sowie auch von Polizei und Justiz reibungsverlustfrei ermöglichen. Möglichst klar zugeordnete Zuständigkeiten sind unabdingbar, ebenso transparente Meldestrukturen. In den jeweiligen Berufssparten sind spezifische Qualifizierungsmaßnahmen unabdingbar.

Schuleingangsuntersuchungen sind überall wieder verpflichtend einzurichten, die vielerorts vollzogene Rücknahme derselben ist wenig verständlich.

Hebammen und Gynäkologen sind aufgrund ihrer frühen Kontakte zu Eltern von zentraler Bedeutung bei der Abwendung von Kinderwohlgefährdung. Sie sollten in dieser Position gestärkt und unterstützt werden. Besonders für Hebammen sind Strukturen zu schaffen, in denen sie Verdachtsmomente melden können, ohne alle Daten offen legen zu müssen. Dringend zu prüfen wäre eine längere Begleitung von Eltern durch Hebammen.

Nochmals zu betonen ist die Notwendigkeit eines umfassenden Maßnahmenbündels, das bei Auftreten von entsprechenden Anzeichen zur Anwendung kommen muss. Dabei sind nicht so sehr neue Instrumente erforderlich, sondern ein effizienterer Einsatz derselben. Um Gefährdungslagen besser identifizieren zu können, kann innerhalb eines abgestimmten Präventionssystems eine verpflichtende Untersuchung nützlich zur Abwendung von Kindeswohlgefährdungen und zur Einleitung von Fördermaßnahmen sein. Grundsätzlich gilt es, Kindesinteresse und Elternrecht sorgsam auszutarieren. Im Sinne dieser Abwägung schlagen wir die Einführung einer verpflichtenden Vorsorgeuntersuchung zwischen dem zweiten und dritten Lebensjahr vor. Eltern können diese Untersuchung vom Kinderarzt durchführen lassen und einen Beleg hierüber beim Gesundheitsdienst einreichen. Sollten sie dies unterlassen, wird das Gesundheitsamt aktiv und ordnet eine eigene Untersuchung des Kindes an. Sollten Eltern dieser Verpflichtung nicht nachkommen, greift das vielschichtige Instrumentarium von Gesundheits- bzw. Allgemeinem Sozialen Dienst und Jugendhilfe.

Effiziente
Anwendung der
Schutzinstrumente

Verantwortungsvoller Umgang mit Medien

Kinder und Jugendschutz wirksam und mit Augenmaß

Neben dem Lesen, Schreiben und Rechnen wird der Umgang mit neuen Medien zur entscheidenden neuen Kulturtechnik. Grundlage hierfür ist eine verstärkte Vermittlung von Medienkompetenz in allen Bereichen unseres Bildungssystems. Es sind hier auch die Länder gefragt. Sie müssen in Schulen und Weiterbildungseinrichtungen, die bislang vernachlässigte mediale Bildung forcieren. Dabei müssen nicht nur technische und instrumentelle, sondern auch inhaltliche Kompetenzen vermittelt werden. Kinder und Jugendliche sollten in die Lage versetzt werden, verantwortungsvoll mit Medien umzugehen. Dazu gehört, dass sie unterscheiden können zwischen Werbung und Information oder dass sie den Umgang mit Computerspielen und »Netikette«, also die Umgangsformen des Internets, lernen. Wir wollen in Anlehnung an PISA eine regelmäßige Untersuchung der vorhandenen Medienkompetenz (Medien-PISA). Ziel ist, eine Bestandsaufnahme der Vermittlung von Medienkompetenz zu bekommen und Verbesserungen zu initiieren.

In der Drogenpolitik stehen wir für Aufklärung und Prävention sowie Therapie und Hilfe statt Strafe. Ziel einer konzertierten Präventionspolitik muss es sein, dass Kinder und Jugendliche nicht bzw. möglichst spät mit dem Konsum von Drogen experimentieren und sich nicht regelmäßige Konsummuster herausbilden. Die bestehenden Hilfen wollen wir weiter ausbauen und mehr in die Primärprävention investieren, um Suchtprobleme bereits im Vorfeld zu verhindern. Wir wollen die Ursachen von Sucht bekämpfen, nicht die Süchtigen. Perspektivlosigkeit und emotionale Schutzlosigkeit von Kindern und Jugendlichen erhöhen das Suchtrisiko. Suchtverhalten und Gewalt und/oder Missbrauchserfahrungen stehen oft in einem engen Zusammenhang. Es gilt deshalb, therapeutische Hilfsangebote auszubauen.

Kinder müssen die Chance haben, ohne Drogen aufzuwachsen. Suchtgefahren Nummer Eins sind für Kinder und Jugendliche immer noch Alkohol und Nikotin. Aber auch immer mehr Jugendliche konsumieren Cannabis. Wir setzen auch hier auf einen sachlichen Umgang, ohne bestehende Auswirkungen des Konsums von Cannabis zu verharmlosen. Kriminalisierung führt erwiesenermaßen nicht zu weniger Konsum. Wir setzen auf Aufklärung und Prävention und wo es notwendig ist auf Therapieangebote.

Die Werbung für Drogen aller Art wollen wir im Rahmen des Kinder- und Jugendschutzes weiter einschränken. So wollen wir bei Tabakprodukten die Werbung auf Plakaten verbieten, im Kino nur noch nach 20 Uhr und in Filmen mit FSK 16 zeigen und in Zeitschriften auf branchenspezifische Magazine eingrenzen.

Kinder sind Verbraucher

Kinder und Jugendliche kaufen Dienstleistungen und Konsumprodukte aller Art – von Klingeltönen und Hausaufgabenseiten im Internet bis hin zu Kleidung und Reisen. Sie verfügen immer früher über eigenes Geld, treten damit als Verbraucherinnen und Verbraucher auf dem Markt auf und werden immer aggressiver beworben. Die Kaufkraft der 6-19-jährigen in Deutschland beträgt 20,43 Mrd. Euro im Jahr (KidsVerbraucherAnalyse 2003). Entsprechend werden Kinder und Jugendliche zunehmend zur Zielgruppe für Werbung. Kinder und Jugendliche stehen auch als potentiell langfristige Kunden im Fokus von Werbestrategien.

Häufig sind Kinder auf ihre Rolle als Marktteilnehmer nicht ausreichend vorbereitet. Das Ergebnis: Schon 20 Prozent der Jugendlichen im Westen und 14 Prozent der Jugendlichen im Osten haben Schulden. Ein wichtiges Element bei der Prävention von Verschuldung ist die Stärkung von Verbraucher- und Finanzkompetenz. Die Vermittlung dieser Kompetenzen an der Schule muss fester Bestandteil des Unterrichts werden. Ein praxisnaher Wirtschafts- und Finanzunterricht kann Kinder und Jugendliche darauf vorbereiten, im Rahmen ihrer Möglichkeiten als mündige Verbraucher auf dem Markt aufzutreten. Wir wollen die Information von Kinder und Eltern über Werbe- und Marktstrategien als Aufgabe des staatlichen Verbraucherschutzes stärken.

Kinder gehören zu den Schwächsten in dieser Gesellschaft und bedürfen deshalb besonderen Schutzes. Auch wenn wir an erster Stelle darauf setzen, die Kompetenzen von Kindern im Umgang mit Werbung zu stärken, wollen wir, dass Minderjährige dem Konsum nicht ungeschützt ausgesetzt sind. Wir fordern die Wirtschaft auf, auf gezielte Werbung mit der Zielgruppe Kinder komplett zu verzichten, auch über Handy und Internet.

Wirtschafts- und
Finanzunterricht an
der Schule

Mehr Mitsprache für Kinder und Jugendliche

Beteiligungsrechte als zentraler Baustein für mehr Kinder- und Jugendfreundlichkeit

Die UN-Kinderrechtskonvention verbrieft die Rechte der Kinder auf persönliche Entwicklung, Gleichbehandlung und vor allem das Recht auf Achtung der Meinung des Kindes. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN machen sich stark für mehr Partizipationsrechte und -möglichkeiten von Kindern. Politik für Kinder kann nur wirksam und glaubhaft sein, wenn sie eine Politik mit Kindern ist.

Eine der Herausforderungen der alternden Gesellschaft ist es, Mittel und Wege für einen fairen Interessensausgleich zwischen den Generationen zu schaffen. Einen Generationenvertrag, der nur zwischen der arbeitenden Generation und der Rentnergeneration gilt, ist ungerecht gegenüber der jetzigen Kindergeneration und gegenüber künftigen Generationen.

Kinder sind Bürgerinnen und Bürger, die ein Recht darauf haben, an der Gestaltung des Gemeinwesens beteiligt zu werden. Sie sind von Anfang an allen Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens, der Konsumgesellschaft und dem Medieneinfluss, politischen Entscheidungen und wirtschaftlichen Konjunkturen ausgesetzt. Ihnen die Möglichkeit zur Einflussnahme darauf zu verwehren, ist ungerecht und schließt einen Großteil der Bevölkerung von der demokratischen Meinungsbildung aus.

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen – Grundlage für Demokratie

Durch Partizipation von Kindern und Jugendlichen wird ihr Selbstbewusstsein und Verantwortungsgefühl gestärkt. Sie erfahren, dass ihre Ansichten wahrgenommen und berücksichtigt werden. Außerdem lernen sie, dass sie Verantwortung übernehmen und Entscheidungen treffen dürfen und können. Dieses Erleben von Gestaltungsmöglichkeiten gehört zu den wichtigsten Voraussetzungen eines guten Aufwachsens. Beteiligung fördert soziales Handeln und legt damit auch den Grundstein für eine aktive Bürgergesellschaft. Durch den Einsatz für eigene Interessen und die Interessen anderer lernen Kinder Demokratie. Sowohl das Erleben von Gestaltungsmöglichkeiten als auch die Verantwortungs- und Perspektivenübernahme wirken zudem konflikt- und gewaltminimierend: Kinder und Jugendliche, die wissen, dass sie etwas bewirken können, greifen nicht zu Gewalt, um ihr Selbstwertgefühl zu stärken. Echte Beteiligung und Mitgestaltung auf gleicher Augenhöhe, z.B. in Schulen und Angeboten der Jugendhilfe, sind daher zentrale Bausteine der Konflikt- und Gewaltprävention.

Mitgestaltung auf gleicher Augenhöhe

78 Prozent aller Kinder und Jugendlichen würden sich stärker als bisher in die Gestaltung des Gemeinwesens einbringen, wenn sie dafür gute Rahmenbedingungen hätten. Das zeigt die bislang umfassendste Untersuchung zum Partizipationsverhalten junger Menschen (www.mitwirkung.net, Bertelsmann Stiftung). Demnach sind bessere Informationen über Mitwirkungsmöglichkeiten, bedürfnisorientierte Beteiligungsangebote am Wohnort und in der Schule, die Qualifikation der Jugendlichen für Partizipationsprozesse sowie die Förderung des Vereinsengagements konkrete Ansatzpunkte, um die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen zu steigern.

Partizipation vor Ort

Partizipation für Kinder fängt – politisch – in der Kommune, der Kita und der Schule, d.h. dem direkten Lebensumfeld von Kindern an. Durch Beteiligungsprojekte zur Gestaltung und Erneuerung des Wohnumfeldes im Sinne von Kindern und Jugendlichen entsteht eine kinder- und familienfreundlichere Umgebung. Partizipationsangebote werden zu einem relevanten Standortfaktor in Sachen Wohnqualität. Nicht zuletzt spricht für mehr Partizipation, dass Kinder und Jugendliche selbst am besten wissen, was für sie richtig ist. Von ihnen – unter sachkundiger Hilfestellung – entworfene Lösungen für Planungsprojekte im lokalen Umfeld werden den spezifischen Anforderungen oft besser gerecht, als Entwürfe von Fachleuten. Kinder sind Experten in eigener Sache.

Wie erreichen wir zusätzliche Beteiligungsangebote?

Mehr Beteiligung für Kinder und Jugendliche entsteht in erster Linie durch eine Veränderung im Denken und Handeln der Erwachsenen. Sie müssen bereit sein, gesellschaftliche Macht mit Kindern und Jugendlichen zu teilen, und die »Minderjährigen« uneingeschränkt ernst nehmen.

Beteiligung und demokratische Teilhabe von Kindern und Jugendlichen manifestieren sich auch – aber nicht ausschließlich – im Wahlrecht. Wir wollen daher als ersten Schritt die Absenkung des aktiven Wahlalters bei allen Kommunal-, Landtags-, Bundestags- und Europawahlen auf 16 Jahre. Darüber hinaus wollen wir die gesellschaftliche Debatte über die Erweiterung von Wahlrechtmöglichkeiten für Kinder voran treiben.

Die Einführung eines Elternwahlrechts, bei dem in Form eines Vertreterwahlrechtes die Eltern das Stimmrecht ihrer minderjährigen Kinder ausüben, lehnen wir ab. Ein solches Elternwahlrecht unterstellt die politische Unmündigkeit und Unfähigkeit von Kindern und Jugendlichen.

Die Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen bei kommunalen Entscheidungsprozessen durch Aufnahme müssen durch Aufnahme einer entsprechenden Verpflichtung in die Gemeindeordnungen ausgebaut werden. Formulierungsvorschlag: »Kinder und Jugendliche sind bei allen Planungen, die ihre Interessen berühren, in angemessener Form zu beteiligen. Die Kommune muss über Art und Ergebnis der Beteiligung und die getroffenen Abwägungen berichten«.

Die Berufung von Kinderbeauftragten durch die Kommunen kann maßgeblich zur Verbesserung der Mitwirkungsmöglichkeiten beitragen.

Kinder- und Jugendparlamente sind ein sinnvolles Element, zur Beteiligung, wenn sie altersgerecht gestaltet sind und die dort getroffenen Beschlüsse auch wirklich umgesetzt werden. Alibi-Beteiligung vergrault, nur echte Mitwirkung motiviert und fördert Demokratie.

Kinder sind Experten
in eigener Sache

Altersgerechte Partizipation

Zum Ausbau der Kinder- und Jugendbeteiligung fordern wir Grüne:

- das aktive Wahlalter für alle Kommunal-, Landtags-, Bundestags- und Europawahlen unverzüglich auf 16 Jahre zu senken.
- sämtlicher Beteiligungsangebote an den o. g. Kriterien wirksamer und altersgerechter Partizipation auszurichten.
- punktuelle, repräsentative und projektorientierte Beteiligungsformen für Kinder und Jugendliche mit echten Mitwirkungsmöglichkeiten flächendeckend zu verankern (z. B. Kinderforen, Jugendparlamente).
- zusammen mit geeigneten Kooperationspartnern die Einrichtung von »Youth Banks« vor Ort finanziell und organisatorisch zu unterstützen. Youth Banks sind von Jugendlichen getragene Institutionen, die Mikroprojekte anderer Jugendlicher unbürokratisch finanziell und ideell unterstützen.
- das Lernfeld »Partizipation« an Schulen zu verankern und Schülerbeteiligung insbesondere bei Schulhof- und Schulumfeldgestaltung zu ermöglichen und pädagogisch zu begleiten. So wird eine demokratische Beteiligungskultur gefördert und die Mitwirkung in der Schülervertretung belebt.
- an jeder weiterführenden Schule Streitschlichter-Programme zur Gewaltprävention, Toleranz- und Konfliktziehung sowie zur demokratischen Beteiligung der Schüler einzuführen.
- verbindliche Standards zur Kinder- und Jugendpartizipation bei der Jugendhilfeplanung zu schaffen.
- Anhörungsrechte für Kinder und Jugendliche bei Petitionsausschüssen von Landesparlamenten und dem Bundestag zu verankern sowie lokal, überregional und auf Bundesebene Beschwerde- bzw. Clearingstellen für Kinder und Jugendliche einzurichten.
- die Ziele und Handlungsschritte aus dem Nationalen Aktionsplan für ein kindergerechtes Deutschland (NAP) sowie dem Kinder- und Jugendreport dazu nachhaltig umzusetzen und Kinder und Jugendliche daran systematisch zu beteiligen.

Kinderrechte stärken

Die Ratifizierung der UN-Kinderrechtskonvention im Jahr 1992 hat die Rechtsposition von Kindern in nie dagewesenem Umfang verbessert. Das hatte auch Auswirkungen auf die nationale Gesetzgebung und zog eine fundamentale Umgestaltung der Kinderrechte nach sich. Insbesondere die Reform des Kinderschafrechts durch die rot-grüne Bundesregierung hat mit der

Festschreibung des Rechtes des Kindes auf gewaltfreie Erziehung, mit dem Anspruch auf Umgang mit beiden Elternteilen und die eigenständige Vertretung von Kindern vor Gericht («Anwalt des Kindes») Bedeutendes dazu beigetragen.

Kinderrechte ins Grundgesetz

Trotz dieses Paradigmenwechsels in der Gesetzgebung werden Kinder von Politik und Gesellschaft noch viel zu oft als Objekte gesehen. Die Anerkennung der eigenständigen Rolle von Kindern als Subjekte, mit allen damit verbundenen Rechten, steht in der öffentlichen Diskussion noch aus. In Deutschland sind Kinderrechte den Rechten von Eltern laut Grundgesetz immer noch untergeordnet. Der Art. 6 Abs. 2 GG geht von dem natürlichen Recht der Eltern auf Pflege und Erziehung ihrer Kindern aus und beschränkt den Staat auf eine Missbrauchskontrolle dieses Rechts.

Es ist richtig und weiterhin notwendig, die Verantwortung der Eltern für ihre Kinder anzuerkennen und sie durch Unterstützung des Staates zu stärken. Wir müssen aber auch anerkennen, dass das tradierte Verständnis vom Wächteramt des Staates als reine Willkürkontrolle gegenüber versagenden Eltern zu kurz greift. Kinder brauchen ein Gemeinwesen, das neben den Eltern aktiv Verantwortung für ihr Aufwachsen übernimmt. Dies ist Kern des Grundrechts von Kindern auf Förderung ihrer Entwicklung gegenüber der staatlichen Gemeinschaft.

Wir wollen ein Grundrecht für Kinder in das Grundgesetz aufnehmen. Eine entsprechende Initiative bereiten wir vor. Wir wollen den Artikel 6 Abs. 2 GG (Elternrecht) durch folgende Formulierung ergänzen: »Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Entwicklung und Entfaltung ihrer Persönlichkeit, auf gewaltfreie Erziehung und den Schutz vor Gewalt, Vernachlässigung und Ausbeutung. Staat und Gesellschaft achten und sichern ihre Rechte, tragen für altersgerechte Lebensbedingungen Sorge und fördern sie nach ihren Anlagen und Fähigkeiten.« Kinderrechte haben in acht Landesverfassungen sowie in der europäischen Verfassung bereits einen festen Platz.

Die Grundrechtecharta, die auch in den von Deutschland mitgetragenen Entwurf einer europäischen Verfassung Eingang gefunden hat, postuliert ebenfalls diese Subjektsrechte von Kindern. Das UN-Komitee für die Rechte des Kindes, das die Entwicklungsberichte der Unterzeichnerstaaten zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention prüft, hat die Bundesregierung in seinen Empfehlungen vom Januar 2004 dringend gemahnt, die verfassungsrechtliche Verankerung von Kinderrechten voranzutreiben.

**Grundrecht für Kinder
in das Grundgesetz**

Kinder in den Mittelpunkt **Plädoyer für einen Perspektivwechsel**

Rechtsposition von Kindern stärken

Die Rechtsposition von Kindern im Familienrecht und in der Jugendhilfe muss gestärkt werden. Im Familienrecht muss das durch eine kindgerechte Ausgestaltung der familiengerichtlichen Verfahren und eine angemessene Vertretung der Kinder vor Gericht gewährleistet werden. In der Jugendhilfe darf die pädagogische Orientierung des Kinder- und Jugendhilferechts nicht durch den Ruf nach der »harten Hand«, wie er z.B. bei der geschlossenen Unterbringung Jugendlicher immer wieder laut wird und durch den Wunsch der Länder nach Kostenentlastung abgelöst werden.

Die Bilanz der Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention ist dadurch getrübt, dass der Schutzbedürftigkeit unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge in Deutschland nicht ausreichend Rechnung getragen wird. Die Bundesregierung muss die bereits mehrfach gefassten Beschlüsse des Bundestages endlich umsetzen und die bestehende Vorbehaltserklärung zur UN-Kinderrechtskonvention schnellstmöglich zurücknehmen.

Ausblick: Neue Perspektiven für Jugendliche schaffen

Jugendpolitik knüpft nahtlos an Kinderpolitik an. Die Erwachsenen von heute bestimmen über die Lebenschancen der heutigen und künftigen Jugendlichen. Eine Politik, die Jugendliche ernst nimmt, hat ihre gegenwärtige Lebenssituation und ihre Zukunftsperspektiven im Blick. Wir wollen die frühzeitige und direkte Teilhabe junger Menschen an den Entscheidungen über die Verteilung der gesellschaftlichen Ressourcen zwischen den Generationen. Nur so lässt sich Generationengerechtigkeit gestalten.

Differenzierte Lebenssituation mit vielfältigen Anforderungen

Jugend ist ein eigenständiger Lebensabschnitt, den junge Menschen in eigener Verantwortung für sich und ihre Umwelt gestalten wollen. Fakt ist, dass sich Jugendliche heute mit vielfältigeren und anderen gesellschaftlichen Chancen und Problemen als in der Vergangenheit konfrontiert sehen (Lehrstellenmangel, Jugendarbeitslosigkeit etc.). Die Umbrüche der modernen Gesellschaft haben die Jugendphase längst erreicht. Jugendpolitik muss demzufolge Freiräume für individuelle Bewältigungsstrategien schaffen und Chancengerechtigkeit gewährleisten. Wir wollen Jugendliche optimal unterstützen, ohne sie zu bevormunden.

Chancengerechtigkeit

Teilhabe für alle statt soziale Exklusion

Gute Startchancen und Entwicklungsperspektiven für alle sind zentrale Ziele grüner Jugendpolitik. Wichtige Voraussetzung dafür ist die größtmögliche Teilhabe junger Menschen und die Prävention sozialer Exklusion. Wir wollen, allen Jugendlichen gleiche Zugangschancen insbesondere zu Bildung, Beruf und zivilgesellschaftlichem Engagement ermöglichen. Unsere zentralen Forderungen dafür sind ein gerechteres Bildungssystem, das auf individuelle Förderung, setzt, das Schließen der Lehrstellenlücke und mehr politische Mitspracherechte für Jugendliche. Chancen- und Perspektivlosigkeit von Jugendlichen sind ein gesellschaftliches Armutszeugnis.

Auf Jugendliche aus bildungsfernen und sozial prekären Schichten muss Jugendpolitik daher ein besonderes Augenmerk legen: Wir wollen, dass niemand verloren geht. Unsere Jugendpolitik setzt auf Integration, Befähigung, Chancengerechtigkeit und Teilhabe aller in Deutschland lebenden Jugendlichen. Jugendliche mit Migrationshintergrund sind eine kulturelle Bereicherung – gleichzeitig muss ihre gesellschaftliche Inklusion verbessert werden. Junge männliche Migranten gehören zur Hauptrisikogruppe sozialer Exklusion. Zudem ist die Frage der Geschlechtergerechtigkeit konsequent mitzudenken: Im Schulsystem drohen Jungen immer häufiger zu Bildungsverlierern zu werden. Jungen Frauen hingegen gelingt nach wie vor zu selten ein – ihrer Qualifikation entsprechender – Berufseinstieg. Wir wollen diese geschlechterbezogene Barrieren und Benachteiligungen überwinden. Um das Ziel umfassender Teilhabe von Jugendlichen zu erreichen, muss Jugendpolitik Querschnittsaufgabe sein. In allen Politikfeldern sind Entscheidungen, Ressourcen und Strukturen konsequent auch an den Rechten, Möglichkeiten, Ansprüchen und Interessen von Jugendlichen zu orientieren.

Ergänzend zu und aufbauend auf unseren kinderpolitischen Initiativen fordern wir daher:

- insbesondere für benachteiligte Jugendliche passgenauere Förderangebote, Vermittlung und Qualifizierung in der Arbeitsmarktpolitik zu verstärken, um die Jugendarbeitslosigkeit spürbar zu senken und neue Perspektiven zu schaffen,
- in Regionen mit einem starken demographischen Wandel neue Impulse und Konzeptionen für bedarfsgerechte Infrastruktur- und Freizeitangebote für Jugendliche zu entwickeln,
- das Berufswahlspektrum von Mädchen und Jungen zu erweitern, um die bestehende geschlechtsbezogene Ausbildungs- und Berufswahl zu dynamisieren und sowohl Mädchen als auch Jungen neue Perspektiven zu eröffnen,

**Mehr politische
Mitspracherechte für
Jugendliche**

Kinder in den Mittelpunkt ***Plädoyer für einen Perspektivwechsel***

- Jugendlichen verstärkt Medienkompetenz zu vermitteln, den Jugendmedienschutz weiterzuentwickeln, gute Computerspiele auszuzeichnen sowie auf Qualität und Kompetenz statt auf untaugliche Verbote zu setzen,
- zur Bekämpfung von Jugenddelinquenz den Erziehungs- und Präventionsgedanken sowie den Täter-Opfer-Ausgleich zu stärken anstatt einseitig auf verschärfte Repressionen zu setzen (nachträgliche Sicherheitsverwahrung, geschlossene Heime),
- das Wohlergehen und die Entwicklungsperspektiven von Kindern und Jugendlichen als Querschnittsthema in allen Politikfeldern zu verankern (z.B. Partizipation, Jugendverbraucher-schutz, Integrationspolitik).

Kinderkommission von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Impressum

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Platz vor dem Neuen Tor 1
10115 Berlin

V.i.S.d.P.: Michael Scharfschwerdt
Tel.: 030-284 42-0,
Fax: 030-284 42-210,
E-mail: info@gruene.de
Internet: www.gruene.de
Gestaltung: KOMPAKTMEDIEN – Die Kommunikationsbereiter GmbH
Druck: Bloch & Co, Berlin

Unterstützen Sie GRÜNE Politik
mit Ihrer Spende:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Konto Nr. 803 581 5900, BLZ 430 609 67

Weitere Informationen:
www.gruene.de
spenden.gruene.de